

Proletarier

Internationaler Kommunistischer Partei

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921), der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 16 – Mitte November 1981

Preis
1 DM

Das Gespenst des Klassenkampfes beherrscht die BRD

Häuserkampf und Arbeiterklasse

Es ist der herrschenden Klasse trotz des Dauereinsatzes ihrer Polizei, ihrer Richter, ihrer Hetzblätter, ihrer Demagogen und ihrer Pfaffen nicht gelungen, Berlin zu befrieden. Sie konnte durch rücksichtslose Gewalt mehrere Häuser räumen und auch verhindern, daß die Besetzungen weiter massiv um sich greifen. Sie konnte aber nicht verhindern, daß im ganzen Land immer wieder versucht wird, Häuser zur Lösung der Wohnungsnot und zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Treffpunkten zu besetzen. Und vor allem konnte sie die Mehrzahl der Berliner Häuser nach fast einem Jahr seit Beginn der Straßenunruhen nicht räumen. Und sie konnte es gerade wegen dieser Unruhen nicht. Sie konnte es nicht, weil auf ihre Räumungen und Drohungen, auf ihr provokatives Vorführen, wie weit sie wohl gehen könnte, immer wieder eine Antwort kam, Menschenmassen auf die Straße strömten, Steine flogen, der Fehdehandschuh – zuletzt, nach dem Mord an Klaus-Jürgen Rattay, nicht allein in Berlin – aufgenommen wurde, sie einen teuren Preis für ihr Vorpreschen zahlen mußte. Deshalb konnte sie – ob mit Vogel oder Lummer als Galionsfigur ihres lächerlichen Berliner Senats – nicht schalten und walten, wie sie es gewohnt war und so gerne wollte, deshalb mußte sie trotz ihrer enormen Übermacht immer wieder zum Rückzug blasen, immer wieder zögern, sich herantasten und innerhalb der eigenen Reihen peinliche Streitigkeiten über die Kosten des sozialen Friedens, besser gesagt, über die Kosten der Verhinderung seines weiteren Abbröckelns zur Schau tragen.

Der Bourgeoisie geht es mit ihrer Gewalt schon lange nicht mehr um die Häuser, sondern um die allgemeine Einschüchterung. Sie möchte der gesamten Arbeiterklasse einpauken, daß man, wenn man seine Lebensinteressen verteidigt, brutal unterdrückt wird. Ihre Knüttelorgien und Terrorurteile gegen Hausbesetzer und Demonstranten, die Verschärfung der Polizeigesetze und der Einsatz neuer Waffen sind die Begleitmusik zur steigenden Arbeitslosigkeit, zur Kürzung der „sozialen Leistungen“, zu den sinkenden Löhnen und zu den Opfern, die sie tagtäglich zunehmend verlangt.

Zunehmend, aber noch dosiert, peu à peu, mit viel hin und her, um nicht zu viel auf einmal zuzumuten. Denn sie muß zugleich den Profit und den sozialen Frieden sicherstellen. Um im Dschungel der kapitalistischen Konkurrenz ihre Position zu behaupten, müßte sie noch viel forscher vorgehen. Aber ihre ökonomische Offensive

gegen die Arbeiterklasse wird noch geprägt von der Bemühung, dem Klassenkampf auszuweichen.

Dies widerspiegelt sich auch auf politischer Ebene: in der Dauerkrise der Regierungskoalition, in der Tatsache, daß man vor einem Regierungswechsel zögert, in der Dauerkrise der parlamentarischen Parteien, die allesamt Regierung und Opposition zugleich sein möchten, weil sie alle die Profite sanieren und zugleich den Klassenkampf bannen möchten.

Wenn die Arbeiterklasse heute in ihrer Mehrheit die Straßenkrawalle, die Steine, die demolierten Autos und Geschäfte mit Unwillen oder Schrecken betrachtet, so ist dieser Schrecken ein Zurückschrecken vor der eigenen Zukunft. Geprägt durch Jahrzehnte des sozialen Friedens, kennt sie ihre Macht noch nicht; noch einigermaßen sanft angefaßt, möchte auch sie dem Klassenkampf ausweichen.

So stehen die wesentlichen Kräfte der Gesellschaft wie das Kaninchen vor der

Fortsetzung auf Seite 7

Mit Beilage zum Abbruch des Streiks der kolumbianischen Seeleute im Hamburger Hafen.

Nach der Bonner Demo Kampf der eigenen Bourgeoisie!

Startbahn West

Aus Tatsachen lernen!

Gewaltfreiheit, passiver Widerstand, Dialogbereitschaft, demokratische Bürgerrechte, Volksbegehren, Parlamentsdebatten, Petitionen. All diese „Waffen“, mit denen ein Großteil der Gegner der Startbahn West kämpfen wollte, erwiesen sich als völlig stumpf gegen CN-Gas, Wasserwerfer, Holzknüttel, Panzer-Bulldozer und Alu-Helme von Polizei und Bundesgrenzschutz. Eine teure Lektion, für die man sich aber bei der Bourgeoisie bedanken muß. Sie führte zu einer spontanen Radikalisierung, zu einer ersten Antwort auf die monströse Machtdemonstration des Staates: militante Demos in mehreren Städten trotz massivem Polizeieinsatz, Besetzung des Frankfurter Hauptbahnhofs und des Hessischen Rundfunks, Blockierung des Frankfurter Autobahnkreuzes, das immense Solidarisierung- und Unruhpotential, das in der zahlenmäßigen Stärke der Demo in Wiesbaden am 14.11 (150.000 Teilnehmer!) zum Ausdruck kam, die Blockierung des Frankfurter Flughafens am 15.11. sind die bisher rasch aufeinanderfolgenden Etappen dieser Radikalisierung. Hier zeigt sich auch sehr plastisch, wie schnell sich heute Risse im Boden der bürgerlichen Gesellschaft auftun. Aus der erhaltenen Lektion muß man aber weitere Konsequenzen ziehen. Denn die Bourgeoisie reagiert nicht nur

mit offener Gewalt. Sie reagiert auch mit politischen Manövern, Scheinverhandlungen, leeren Versprechungen, Abwiegungsversuchen, mit Bemühungen aller Art, die zerstörten Illusionen wieder wachzurufen. Sie versucht damit, die Demonstranten zu demobilisieren und demoralisieren, ihrem Druck auszuweichen, um sie dann überraschend wieder anzugreifen. Und bei ihren Abwiegungsmanövern versucht sie sich auf die BI zu stützen. Hierfür war der 7.11. ein krasses Beispiel. 50.000 Demonstranten (wovon die Hälfte behelmt und gesichtsgeschützt auf Auseinandersetzungen vorbereitet) standen der Polizei gegenüber, dazwischen Stacheldrahtrollen. Die BI ließ 60 Mitglieder über einen Teppich die Stacheldrahtrollen überschreiten. Hinter ihnen wird die Absperrung wieder lückenlos dichtgemacht. Gleichzeitig wird der „Rest“ der Demonstranten über BI-Megaphon im Dauerton zu friedlichen Verhalten und Abstandhalten vom Zaun aufgerufen. Als man vorzurücken versuchte und die Bullenketten zurückdrängte, verkündete die BI, Innenminister Gries (also der Repressionsboß in Hessen!) sei soeben für Verhandlungen eingetroffen und daher „soll bis zum Abschluß der Gespräche Ruhe bewahrt und ein weiteres Vordringen auf das

Fortsetzung auf Seite 6

Trotz Drohungen, Provokationen, Repression, Sozialpartnerschaft von Walesa & Co.

Unbezähmbares polnisches Proletariat

Lange Schlangen vor den Geschäften, Streiks im ganzen Land, beschwörende Appelle zur Mäßigung und offene Drohungen gegen die streikenden Arbeiter: Das ist auf eine Kurzformel gebracht, was die augenblickliche Lage in Polen kennzeichnet. Die Versorgungslage hat sich drastisch verschlechtert und die Arbeiterbevölkerung ist offensichtlich nicht bereit, sich damit abzufinden. Die große Frage für die Bourgeoisie lautet: Wie kommt der polnische Staat einigermaßen unbeschadet über den Winter?

Die verschiedenen Kräfte, auf die sie sich stützt – Regierung, Gewerkschaftsführung, Kirche –, sind gezwungen, verstärkt alle Register ihres Könnens zu ziehen, um der Arbeiterbewegung Einhalt zu gebieten. Einerseits der Versuch, die Bewegung in den Staat zu integrieren: „Dialogbereitschaft“, „Spitzengespräche“ zwischen Jaruzelski und Walesa, Appell von allen Seiten zur „nationalen Solidarität aller Polen“. Andererseits Drohungen und Repression: Nachdem die Regierung schon militärische Einsatztruppen ins ganze Land gesandt hat, die die Lage sondieren, d.h. kontrollieren und bei Konflikten „helfen“ sollen, droht sie nun mit Streikverbot und bereitet gesetzliche „außerordentliche Maßnahmen“ zu dessen Durchsetzung vor.

Doch längst ist die Regierung nicht mehr allein für Repression zuständig. Die Führung der Solidarität droht ihren Mitgliedern jetzt offen mit „Disziplinarmaßnahmen“, falls die „wilden“ Streiks nicht aufhören. Parallel dazu beschloß sie eine dreimonatige Streikpause bis Ende Januar. So setzt die Gewerkschaftsführung das

von der Regierung angedrohte Streikverbot in der Praxis durch, kommt ihr so zuvor und erspart ihr möglicherweise einen „offiziellen“ Beschluß, der sicherlich Empörung hervorrufen würde, richtet er sich doch gegen eine der wesentlichen Erregungenschaften des August '80.

Eine derartig kompakte bürgerliche Einheitsfront ist andererseits ein Spiegelbild für die Kampfbereitschaft der polnischen Arbeiterklasse, die um ihre notwendigsten Lebensbedingungen kämpft. Sie hat im Laufe des letzten Jahres zwei wichtige Erfahrungen gemacht – und das ist ein wesentliches Ergebnis der Kämpfe seit dem letzten August –, nämlich daß der Streik ohne Vorankündigung und ohne vorherige zeitliche Begrenzung, ohne Friedenspflicht, geführt werden muß, damit die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen können. Und daß man sich auch mit Gewalt auf der Straße gegen Repression schützen kann. Die Gewerkschaftsspitze hat ihre liebe Mühe, diese Erfahrungen zunichte zu machen. Der jüngste Versuch, alle „wild“ Streiks in einen einstündigen Generalstreik in der Mittagspause zu kanalisieren, gelang nur bedingt. In vielen wichtigen Zentren, so im Bergbaubereich in Oberschlesien oder in der Textilindustrie in Zyradow, wurde weitergestreikt. Oft sieht sich Walesa gezwungen, das ganze Gewicht seiner angeblich so „charismatischen“ Gestalt in die Waagschale zu werfen. Er bereist alle Kampffronten, um sie zu beschwichtigen. Und wenn seine mahnenden Worte nicht ausreichen, erklärt er den Streik für „gerecht“, um ihn auf die Ebene der Verhandlungen zurückzuführen. Die Basis hegt bereits Mißtrauen ge-

genüber seinen geheimnisvollen Dreiergesprächen mit Jaruzelski und Glomp. Die Führung der Solidarität gerät unter den Druck ihrer eigenen Basis und ist zu Zugeständnissen gezwungen, um sie weiter unter Kontrolle halten zu können. Trotz großer und kleiner Erfolge muß ein solcher zäher Kampf der polnischen Arbeiter auch eine zermürbende Wirkung haben, wenn sie Einschüchterung von allen Seiten, auch vonseiten ihrer angeblichen Führung, ausgesetzt sind. Die polnischen Arbeiter geben ihr Äußerstes in einer materiellen Lage, die sie zum Kampf zwingt. Sie brauchen die Solidarität aller kämpferischen Arbeiter in der ganzen Welt. Sie brauchen auch die begeisterte Anteilnahme aller kämpferischen Hausbesetzer und Straßenkämpfer hier. Diese dürfen sich die Sicht nicht versperrern lassen von der Kirche und von der demokratischen und reformistischen Führung, damit sie dahinter die zähe und großartige Kampforganisation, die sich trotz dieser Führung fortsetzt, sehen können. Sie dürfen die Solidarität mit der Bewegung in Polen nicht zum Monopol der Kapitalisten und Reformisten des Westens – von Bankiers bis hin zum DGB und der GIM – werden lassen. Und sie dürfen sich durch deren „Solidarität“ nicht abschrecken lassen. Denn die Bankiers und Reformisten sind nur mit den Walesa & Co., nicht aber mit den kämpferischen Arbeitern solidarisch.

Wir müssen daraufhinarbeiten, daß alle kämpferischen Proletarier aus jedem Fortschritt der polnischen Arbeiterklasse und auch aus jeder reformistischen Falle lernen und auf jeden Angriff auf das polnische Proletariat wie auf einen Angriff auf sich selbst reagieren!

In dieser Ausgabe

- Polen
- Südatrika: die Uhr zeigt fünf vor zwölf
- Türkei – BRD
- Falle des demokratischen Antifaschismus
- Der Zauberlehrling auf dem Weg zum Weltkrieg Wirtschaftspolitik in der Krise: 1929 und 1981
- Großbritannien: REVOLTE DER JUGEND
- WESTBERLIN • Bochum • Freiburg
- Soziale Gefangene – Politische Gefangene
- Die Reformisten auf der Straße
- Das Proletariat und die „Besatzungstruppen“
- Straßenkampf und Schulkampf



Der Kampf zeigt die Notwendigkeit der Organisation die Notwendigkeit der Partei

Als 1970 bürgerkriegsähnliche Unruhen Polen erschütterten, betonten wir den Fortschritt der sozialen Bewegung seit 1956. Damals hatte das Proletariat in Polen wie in Ungarn vermischt mit allen anderen Klassen gegen die fremde Unterdrückung durch die pseudo-sozialistische UdSSR gekämpft, ohne sich als selbständige Klasse von den anderen zu unterscheiden.

Ganz anders 1970: Hier handelte es sich nicht mehr um eine "Volksbewegung", die alle Schichten der Gesellschaft "brüderlich" vereinte, sondern um einen Streik, der den Charakter eines Aufstands hatte. Er wurde ausschließlich von Arbeitern geführt, war frei von antirussischem Nationalismus und unabhängig von anderen sozialen Schichten und Klassen, denn es ging um rein proletarische Forderungen. Weder die Bauern noch die Studenten schlossen sich der Bewegung an.

Neben den dringenden rein ökonomischen Forderungen, die den Anlaß des Streiks geliefert hatten, verlangten die Arbeiter die Herabsetzung der Funktionsgehälter auf die Höhe des durchschnittlichen Arbeiterlohnes, die Bestrafung aller an der Repression Beteiligten, das Ende der gegen sie gerichteten Metzkampagne, die Freilassung der Gefangenen usw. Und die Streikkomitees stellten die Forderung nach Streikrecht und nach freien, d.h. vom pseudosozialistischen Staat unabhängigen Gewerkschaften in den Vordergrund. Wie man sieht, waren sie weit über die Grenze einer reformistischen Bürgerbewegung für "Freiheit und Demokratie" gestossen. Denn obwohl Streikrecht und Vereinsfreiheit auf den ersten Blick zu den "demokratischen Rechten" zu gehören scheinen, entsprechen sie in Wirklichkeit den Erfordernissen des proletarischen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat, so demokratisch dieser auch sein mag.

Eine der wesentlichen Schwächen der Bewegung von 1970 war die fehlende Organisation. Zwar haben die Arbeiter im Laufe des Kampfes versucht, sich zu organisieren, denn sie können sich nur schlagen, wenn sie organisiert sind. Der Kampf brach aber unorganisiert aus; an verschiedenen Orten stürmten die Arbeiter Parteibüros und griffen sogar Kasernen an, aber diese Aktionen waren unkoordiniert, vereinzelt und unzusammenhängend. Sie konnten von der staatlichen Repression leicht zerschlagen werden, die offiziell 300, in Wirklichkeit jedoch mehr als 1000 Tote verursachte. Auch für die Streiks selbst gab es keine Organisation auf nationaler Ebene, um den Kampf in den verschiedenen Regionen miteinander zu verbinden, auszuweiten und zu koordinieren. Der Kampf selbst hat also den Arbeitern die Notwendigkeit der Organisation klar vor Augen geführt. Die Streikkomitees, die im Laufe des Kampfes entstanden, waren sicher eine große Errungenschaft, ihnen fehlte jedoch eine feste Verankerung und ein Verbindungsnetz zwischen den Betrieben, Branchen und Regionen. Kurz und gut, auf dem Höhepunkt des Kampfes und der Repressionswelle konnten sie sich nicht in die Lage versetzen, die Bewegung auf einer breiten Ebene zu vereinigen und zu führen.

Die Streiks des Sommers 1980 unterschlugen sich von denen des Jahres 1970 nicht so sehr durch den Inhalt der Forderungen, denn dieser war im wesentlichen identisch. Aber in der Zwischenzeit hatten Elemente der Avantgarde eine enorme Untergrundarbeit für die Organisation geleistet. Dank dieser Arbeit, die schon vorweg geleistet wurde, konnte die Bewegung sehr schnell eine zentralisierte und mit den verschiedenen Betrieben und Regionen effektiv verbundene Führung ins Leben rufen. So konnten die Versuche vonseiten des Staates, die Betriebe und Städte zu vereinzeln und zu spalten, zunichtegemacht und der Streik auf die wichtigsten Zentren ausgedehnt werden; so konnten die Aktionen und Forderungen koordiniert und der Regierung eine kompakte Front mit eigenen Wortführern gegenübergestellt werden. So konnte die Bewegung also die Stufe eines unmittelbaren, aber verzweifelten und ausweglosen Aufstands überwinden und sich in einen Kampf verwandeln, der die politische Macht der Bourgeoisie zwar nicht direkt bedrohte, ihr jedoch eine kompakte und hartnäckige Klassenfront entgegenstellte, die sie zum Rückzug zwang.

Diese Organisationsarbeit wurde - wie es scheint vor allem nach 1974 - von fortgeschrittenen Arbeitern durchgeführt, die die Lehren aus den Erfahrungen von 1970 gezogen hatten. Die verschiedenen oppositionellen politischen Strömungen spielten dabei eine wichtige Rolle, und dies konnte nicht anders sein. Ein kämpferischer Proletarier, der die vorhandene Situation und den rein spontanen Kampf überwinden will und ausgehend von den Problemen dieses Kampfes nach einer breiteren und allgemeineren Perspektive für den Klassenkampf und seine Erfordernisse sucht, ist zwangsläufig

"politisiert". Er kann nicht umhin, in den Programmen und Richtlinien der politischen Parteien und Gruppen Antworten auf seine Fragen zu suchen. Und es ist nur natürlich, daß er sie bei dieser oder jener Strömung zu finden glaubt und ihr folgt; solange die Erfahrung des Kampfes nicht gezeigt hat, daß diese Antworten falsch sind.

Die Antworten der nicht-kommunistischen Strömungen sind aber nicht von A bis Z falsch. Sie sind einfach die Dinge nicht. Diese Antworten entsprechen vielmehr teilweise den wirklichen unmittelbaren Bedürfnissen der Arbeiter. Um größere Kämpfe führen zu können, brauchten die Arbeiter Gewerkschaftsorganisationen, die unabhängig von den offiziellen Staatsgewerkschaften sind. Daran haben in Polen politische Bewegungen wie die katholische Kirche, das KOR und im allgemeinen die "demokratische Opposition" geknüpft, und sie haben tatsächlich gearbeitet, um solche "Gewerkschaftsorganisationen" ins Leben zu rufen. Natürlich verfolgten sie dabei ihre politische Linie und wollten ihre Perspektive durchsetzen. Sie haben es aber getan. Sie beschränkten sich nicht darauf, eine solche Organisation zu fordern, sondern sie bemühten sich, sie ins Leben zu rufen; sie setzten die von ihnen beeinflussten Arbeiter dafür ein und lieferten zweifellos die Unterstützung

Walesa & Co zum Schrecken der Bourgeois in der ganzen Welt immer wieder Gefahr liefen, von der Basis "überbordert" zu werden, und oft Schwierigkeiten hatten, ihre Kompromisse durchzusetzen und wilde Streiks abzubauen. Heute treten Walesa & Co. immer offener als soziale Feuerwehr auf, und sie allein können die Arbeiter noch dazu verleiten, die Opfer für die "Rettung der polnischen Wirtschaft" hinzunehmen.

Es ist offensichtlich, daß diese Agenten der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat umso wirksamer handeln können, je besser sie vorher die andere Aufgabe erfüllt haben, d.h. die Arbeiter außerhalb der direkten Kontrolle durch den Staat organisiert und ihren Kampf geführt haben. Es wäre aber vollkommen falsch, daraus nun den Schluß zu ziehen, jegliche feste, breite und bleibende Organisation der Arbeiter sei von Natur aus ein Instrument der Klassenzusammenarbeit, das man bekämpfen muß und gegen dessen Bildung man logischerweise dann auch aufzutreten hat. Denn diese Entwicklung, die in einem gewissen Maße unvermeidlich ist, zeigt lediglich, daß die unmittelbare Organisation nicht ausreicht. Um sich schlagen zu können, braucht das Proletariat eine Organisation. In dieser Organisation wirken politische Kräfte, die sie zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie führen wollen.

teilbare und partielle Kampf und die von ihm verlangte Organisation in der Regel und bis zu einem gewissen Punkt nicht ausreichen, um zwischen den Programmen und Methoden der verschiedenen Parteien radikal zu unterscheiden. Daraus geht mit anderen Worten hervor, daß die aus den oder für die unmittelbaren Kämpfe geborenen Organisationen nicht ausreichen, um den allgemeinen Kampf für die Befreiung des Proletariats zu führen. Dazu bedarf es einer Organisation, die auf einer breiteren und allgemeineren historischen Perspektive und Erfahrung beruht. Dies zeigt wieder einmal die Notwendigkeit der Partei.

Dies zeigt aber zugleich, daß die Partei die unmittelbaren Kämpfe und ihre Organisationen nicht den Kräften der Reaktion, des Konservatismus, des Reformismus oder der Scheinrevolution überlassen darf, die ohne Ausnahme hier ihre Antworten auf die Bedürfnisse der Arbeiter vorbringen. Einerseits darf die Partei also nicht abseits von solchen Organisationen stehen oder sie aus dem einfachen Grunde verlassen, daß sie durch die Anstrengungen von anderen politischen Strömungen entstanden sind, die ihre Orientierung beeinflussen oder sie kontrollieren; im Gegenteil, sie muß diese Strömungen gerade auf diesem Boden bekämpfen. Andererseits darf die Partei auch nicht abwarten, bis sich die Arbeiter "von selbst" organisieren, denn damit würde sie das Feld anderen Kräften überlassen; sie muß im Gegenteil auf allen Ebenen und soviel wie möglich zur Organisation des Proletariats beitragen.

Die Partei repräsentiert das umfassende Bewußtsein der Klasse und ihre höchste Organisation; sie vereinigt und organisiert das Proletariat als revolutionäre Klasse auf internationaler und historischer Ebene. Ihre Theorie, ihr Programm, ihre Prinzipien und ihre Erfahrung zeichnen aber nicht allein den allgemeinen Weg des Befreiungskampfes des Proletariats, sondern stellen auch den Zusammenhang zwischen ihm und den einzelnen Teilkämpfen her. Sie geben daher eine vollständige Antwort auf die Fragen, die diese Kämpfe stellen. Allein die Partei kann auf alle Fragen des Arbeiterkampfes vollkommen richtige Antworten geben. Dies muß sie aber "vor Ort", am Prüfstein der Tatsachen und Erfahrungen beweisen, um die Proletarier gegen die teilweise richtigen, aber tendenziell falschen Lösungen aller anderen politischen Kräfte für ihre Lösungen gewinnen zu können, um sich in der Praxis als Führung der Klasse zu behaupten, ihre Orientierung durchzusetzen und dadurch dem proletarischen Kampf die höchste Wirksamkeit und die größte Tragweite zu verleihen.

Einheitsfront gegen die polnische Arbeiterklasse

Die Regierung und das Parlament appellieren an das "Bürgerbewußtsein eines jeden Polen" und rufen auf "zu einem unverzüglichen Verzicht auf alle das Land vernichtenden Streikaktionen (...). Die staatliche Verwaltung und die Organe der öffentlichen Ordnung sowie die Justizbehörden müssen konsequent die öffentliche Ordnung hüten und rechtmäßige Mittel anwenden. Die Regierung wird verpflichtet, die Anarchie und alle Anzeichen des Rechtsbruchs entschieden zu bekämpfen. (...) Der Sejm prüft den Vorschlag zur Ausrüstung der Regierung mit solchen durch das Gesetz vorgesehenen Mitteln, die die Lage erfordern wird." (FAZ, 2.11.81)

Mit fast gleichen Worten droht der Vorstand der Solidarität seiner Basis: "... rufen wir die Mitglieder der Gewerkschaft auf, unverzüglich alle Streikaktionen einzustellen. (...) Das Präsidium beantragt die Begrenzung des Streikrechts innerhalb der Gewerkschaft sowie gewerkschaftliche Disziplinarmaßnahmen gegenüber denjenigen, die sich der Schwächung der gewerkschaftlichen Einheit und Disziplin schuldig machen."

Dafür darf er dann auch den Dank des Parlaments entgegennehmen: "Gleichzeitig nimmt der Sejm den letzten Aufruf des Präsidiums von 'Solidarität' über die Aussetzung der gegenwärtig andauernden Streiks (...) anerkennend zur Kenntnis." (FAZ, 2.11.81)

Zu dieser illustren Gesellschaft gehört auch die katholische Kirche, deren Oberhaupt Glemp, ganz wie es sich für einen kirchlichen Würdenträger gehört, seinem "Volk" moralisch-mahnend ins Gewissen redet: "Schon der Name 'Solidarität' verpflichtet zur Überwindung aller Gegensätze und zum Verzicht auf persönliche Ambitionen." (NZZ, 30.9.81)

Solchen Mahnungen stehen natürlich auch die sogenannten "Intellektuellen" in nichts nach. Kuron, KOR-Begründer und Walesa-Berater, warnt die Gewerkschaften unablässig, "in ihren Forderungen zu weit zu gehen, das Regime in die Enge zu treiben und eine Situation herbeizuführen,

ihrer eigenen Organisationsstrukturen, namentlich der Kirche, also eines schon vorher existierenden, zentralisierten und hierarchischen Apparats, der scheinbar in Opposition zum bürgerlichen Staat steht. Jedoch zusammen mit dieser richtigen Antwort auf die unmittelbaren Probleme der Arbeiter brachten sie auch ihre falsche politische Antwort in die Bewegung hinein.

In den verschiedenen Augenblicken des Kampfes und seiner Entwicklung ist dann die eine oder die andere Seite in den Vordergrund getreten. Die Führung, die sich im Laufe einer langen Vorbereitungsarbeit geschmiedet und durchgesetzt hatte, zeigte sich am Anfang der Streikbewegung als Führung einer großen Kampforganisation der Arbeiterklasse, einer Bewegung, die nicht allein den polnischen Staat, sondern das gesamte soziale und politische Gleichgewicht in Mitteleuropa erschütterte und sich, wenn auch nicht bewußt, so doch objektiv auf einem Klassenboden allen Interessen der Bourgeoisie entgegenstellte. Dann setzte eine Periode der Verwirrung ein, in der diese Führung begann, die Bewegung zu bremsen; eine Periode, in der

die Moskau zur Intervention veranlassen würde." (SZ, 18.9.81)

Das ist die entsprechende Begleitmusik zu den regelmäßigen Drohungen der Sowjetunion, deren Presse die polnischen Arbeiter "Faschisten", "Anarchisten" und "Verbrecher" beschimpft, die für jedes Übel im Ostblock verantwortlich seien. Sie bekommt hierzulande Schützenhilfe von den stalinistischen Troztkisten der TLD, denen es an dem realpolitischen Sinn der russischen Imperialisten mangelt und die in der ihnen eigenen hysterischen Manier geradezu danach lechzen, mit der russischen Armee in Polen einzumarschieren: "Wenn sie" (die "Kreml-Stalinisten") "aber in ihrer zwangsläufig brutalen, stumpfsinnigen Weise militärisch intervenieren, werden wir Troztkisten das unterstützen, wir übernehmen schon jetzt die Verantwortung." (TLD-Flugblatt, Oktober 81)

Die "Bruder-Bourgeoisie" der DDR droht den Proletariern im Nachbarstaat (und den eigenen) mit dem preussisch-moralischen Zeigefinger: "Wir in der DDR haben, was wir schufen, durch harte Arbeit erreicht! Verbrauchen kann man nur, was man erarbeitet hat. Kein Volk kann ohne Arbeit leben, wie seine Gesellschaft und Wirtschaft gestaltet sein mag. Das ist nicht antipolnisch, sondern einfach logisch gedacht." (Neues Deutschland, 8.9.81)

Das ist die Logik des Kapitals, der auch die Vertreter der Sozialistischen Internationalen, Brandt und Kreisky, folgen, wenn sie die polnischen Bergarbeiter zu mehr Arbeitsleistung auffordern. Wen interessiert schon der leere Magen der Arbeiter; Hauptsache, die polnische Wirtschaft funktioniert ungestört!

Und die westlichen Kapitalisten? Sie hetzen zwar noch nicht offen gegen die polnischen Arbeiter, sind aber an der "Stabilisierung" der Lage in Polen durchaus interessiert, geht es dabei doch auch um ihre Zinsen und ihre Geschäfte. Wenn Walesa & Co. die Arbeiter auf reformistischem Wege befrieden können, umso besser! Ansonsten ist auch das Militär (das polnische oder das russische) recht.

Diese Organisation braucht daher die politische Partei, um dem Einfluß und der Kontrolle seitens dieser Kräfte zu entgehen. Nicht eine beliebige Partei, versteht sich, sondern die echte kommunistische Partei.

Die Notwendigkeit, sich zu organisieren, ist eine grundlegende und fortwährende Notwendigkeit für die Klasse, und sie tritt mit besonderer Deutlichkeit zutage, sobald eine Bewegung ausbricht oder sich ankündigt. Dementsprechend ist die wachsende Organisation der Klasse auf der Grundlage ihrer eigenen Positionen das wichtigste und dauerhafteste Ergebnis der unmittelbaren und partiellen Kämpfe, und der Kampf selbst ist ein mächtiger Hebel der Organisation, auch wenn sich das nicht immer direkt äußert. Nun geben alle politischen Kräfte vor, dieses wichtige Bedürfnis mit ihren jeweiligen Methoden befriedigen zu helfen. Und dies tun sie tatsächlich, aber immer nur zum Teil und auf ihre Art und Weise. Damit tragen sie alle ihre politischen Programme und ihren Einfluß in die unmittelbare Organisation hinein. Das ist möglich, weil der unmittel-

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM
Sept. 1981 NR. 28
- Polen - neuralgischer Punkt der imperialistischen Weltordnung
- Das Ende der bürgerlich-revolutionären Phase in der "Dritten Welt"
- Die "Übergangsforderungen" in der kommunistischen Taktik

Diese Perspektive, die sich nicht im Maßstab eines Landes oder eines Erdteils, sondern der ganzen Welt stellt, könnte angesichts der heutigen Lage wie ein Hirngespinnst erscheinen, so geringfügig sind die Kräfte, die sich nach einem halben Jahrhundert der Konterrevolution um den revolutionären Kommunismus zusammenschließen. Und sie wäre tatsächlich ein Hirngespinnst, wenn sie allein vom Willen und den Kräften der Partei ausgehen würde. Es gibt aber unvergleichlich größere Kräfte, die in ihrem Sinne wirken.

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft verschärft sich und die sozialen Gegensätze brechen gewaltsam aus. Im internationalen Maßstab wird die Arbeiterklasse zum Kampf getrieben. Durch die Kämpfe und die damit zusammenhängenden Organisationsbestrebungen machen die Arbeiter ihre Erfahrungen mit den Lösungen aller Kräfte, die heute die politische Bühne okkupieren. Die Erfordernisse des Kampfes selbst werden die fortgeschrittenen Elemente zunehmend dazu zwingen, diese Lösungen an den Tatsachen zu messen, sie zu überwinden und die wahren Lösungen zu suchen. Diese müssen allerdings zu finden sein!

Die Partei kann sich daher nicht darauf beschränken, ihren theoretischen Kampf und ihren allgemeinen politischen Kampf zu führen. Sie muß auf der Ebene der unmittelbaren Kämpfe intervenieren, die Antworten des revolutionären Kommunismus einbringen und als Orientierungs- und Organisationspol erscheinen. Sicherlich wird diese Intervention kurzfristig keine spektakulären Ergebnisse haben, sie ist aber die Voraussetzung zukünftiger Erfolge.

Großbritannien: Revolte der proletarischen Jugend und revolutionäre Perspektive

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und proletarischer Jugend in England im Juli dieses Jahres stellen einen wichtigen Meilenstein auf dem Wege der Wiederaufnahme des Klassenkampfes in den imperialistischen Metropolen dar. Mit ihnen wurde eine Bresche in der Mauer des sozialen Friedens geöffnet, die die Begeisterung der Revolutionäre in der ganzen Welt hervorrufen muß. Sie sind umso wichtiger, als sie gerade in der ältesten imperialistischen Metropole ausbrechen, die das Symbol der bürgerlichen Ordnung schlechthin war. Gerade hier konnte sich die Bourgeoisie traditionell auf die Wirksamkeit ihrer durch die imperialistische Plünderung der Kolonien aufgebauten demokratischen Stoßdämpfer verlassen. Diese haben inzwischen vor der proletarischen Jugend - zum Schrecken der Bourgeoisie - versagt. Die Tragweite dieser Unruhen geht aber auch über ihre unmittelbare Bedeutung hinaus: Sie bilden einen ersten Bruch mit der traditionellen Verhaltensweise der englischen Arbeiterbewegung.

Die Auseinandersetzungen wurden durch eine Ausweiskontrolle der Polizei in einem dieser verkommenen Ghettos der Stadtzentren Englands ausgelöst, in denen Arbeitslose, eingewanderte Arbeiter und proletarische Jugendliche zusammengepfercht sind. Dies war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Die proletarische Jugend, vor allem die Farbigen, für die das Kapital nur noch Arbeitslosigkeit zu bieten hat, ist einer unerträglichen Polizeiüberwachung unterworfen, die aus Festnahmen, Durchsuchungen, ständigen Verfolgungen, rassistischen Beleidigungen und brutaler Behandlung besteht; um sich gegen die Polizeiwilkkür zu verteidigen, antworteten sie mit der Gewalt. Sie trieben die Polizei mit Steinwürfen, Benzinbomben und Schlagstöcken aus ihren Stadtteilen hinaus steckten Polizeireviere in Brand, zerkümmerten Schaufenster und plünderten Läden aus. Sie gingen mit Gewalt gegen das Eigentum, dieses heilige Symbol der bürgerlichen Ordnung, vor und gegen die offiziellen Institutionen. Damit brachen die proletarischen Jugendlichen mit der verheerenden Tradition der englischen Arbeiterbewegung, sich nach den Regeln der respectability, des bürgerlichen Anstands, zu verhalten, die den Arbeitern von den Trade Unions und der Labour-Partei eingetrichtert werden.

England wird in der Tat von einer tiefgreifenden, fast schon chronischen Wirtschaftskrise heimgesucht, die von der internationalen Krise noch weiter verschärft wurde. Die englische Bourgeoisie sieht sich gezwungen, ihren seit Jahrzehnten veralteten und deshalb schon wenig wettbewerbsfähigen Produktionsapparat zu "sanieren". Allein zwischen 1977 und 1980 hat England - laut OECD - einen Wettbewerbsverlust auf den Auslandsmärkten von 60% hinnehmen müssen. In allen großen traditionellen Produktionszentren nimmt deshalb die englische Bourgeoisie breitangelegte Rationalisierungen in den Textil-, Stahl- und Werftindustrien vor. Parallel zu den zahlreichen Betriebsschließungen wird der Produktionsapparat "abgespeckt": So stieg auf nationaler Ebene die Arbeitslosenrate von Mai 1979 bis September 1981 von 5,4% auf ca. 12,4%, was ca. 3 Millionen Arbeitslosen entspricht. "Der höchste Stand seit über 50 Jahren" - kommentierte besorgt die bürgerliche Presse. Die traditionellen Industriezentren werden besonders hart getroffen: Laut "Sunday Times" vom 12. Juli 1981 gibt es beispielsweise im Liverpooler Stadtteil Toxteth eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von 37%. Hiervon sind vor allem die Jugendlichen betroffen. So haben 43% der weißen und 47% der farbigen Jugendlichen keine Arbeit. Das ist die unentrinnbare Gesetzmäßigkeit des Kapitals! Doch dies genügt der englischen Bourgeoisie noch nicht. Sie hetzt gegen die "exorbitanten" Lohnforderungen der Arbeiter, die - wohl gemerkt - von allen westlichen großen Industrieländern die niedrigsten Löhne erhalten und die höchste Inflationsrate nach Italien zu spüren bekommen. Die bürgerlichen Prognosen gehen davon aus, daß der so heiß ersehnte wirtschaftliche Aufschwung nur dann möglich sein wird, wenn die 5%-Marke bei den Lohnerhöhungen nicht überschritten wird und wenn die "unproduktiven" Arbeiter weiterhin entlassen werden.

Hier liegt eine große Entlarvung jeder reformistischen Perspektive: England ist das Land, in dem der Begriff "Wohlfahrtsstaat" geprägt und die massivsten Nationalisierungen durchgeführt wurden. Beides mündete aber nicht im vorgegaukelten Paradies, sondern im breitesten Angriff gegen die Arbeiterklasse!

Angesichts dieser Situation hat das englische Proletariat keine andere Möglichkeit als den Kampf gegen die Angriffe des Kapitals. In den letzten Jahren haben die englischen Arbeiter durch regelmäßige Streikaktionen in allen wesentlichen Bereichen des englischen Produktionsapparates (Stahlindustrie, Bergwerke, Automobilindustrie, Werften etc.) eine große Kampfbereitschaft an den Tag gelegt. Es ist ihnen aber nicht gelungen, die Rationalisierungspläne des englischen Kapitals zu durchkreuzen. Denn

Unternehmer und Gewerkschaften üben gleichzeitig Druck auf die Arbeiter aus, um sie von energischen Kampfaktionen abzubringen. Obwohl sich die Anzeichen mehren, daß die Arbeiter immer weniger opferbereit sind, fällt es ihnen nach wie vor schwer, sich selbständig, unabhängig von der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsführung zu organisieren und somit ihren Widerstand zu stärken. Jüngstes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Unternehmen gegen die lebenswichtigen Interessen der Arbeiter ist der Konflikt bei British Leyland: Bevor der geplante Streik überhaupt anging, einigte sich die Gewerkschaft mit der Betriebsleitung auf die angebotenen lächerlichen 3,8% Lohnerhöhung. So war es dann leicht, die Arbeiter zu erpressen und sie damit zu bedrohen, den ganzen Betrieb dichtzumachen, falls sie den Streik fortsetzen wollten (die Schließung von British Leyland würde eine zusätzliche halbe Million Arbeitslose und die Lahmlegung der ganzen Region der West Midlands bedeuten).

Wie man sieht, wird die Situation von Millionen von Proletariern (Schwarze, Inder, Jamaicaner, Weiße usw.) durch die Wirtschaftskrise verschlimmert und zunehmend vereinheitlicht. Alle sehen sich mit denselben Problemen konfrontiert und müssen gegen denselben Feind kämpfen. Die Verbindung zwischen weißen und farbigen Proletariern, die schon bei Streikbewegungen in den 70er Jahren ansatzweise begann und bei den Straßenkämpfen in diesem Sommer von der Bourgeoisie mit Staunen und Schrecken konstatiert wurde, ist ein höchst positives und vielversprechendes Ergebnis für den Klassenkampf. Diese Verbindung ist heute noch schwach und auf einzelne Episoden begrenzt. Durch die Vertiefung der Wirtschaftskrise und nicht zuletzt durch den Kampf selbst wird sie gefestigt werden, aber sie bedarf zu ihrer Stärkung auch und vor allem einer politischen Intervention gegen die Ausländergesetze und die Politik der "Zwangsrepatriierung" sowie gegen den tief verwurzelten englischen Chauvinismus. Die Entfaltung des Klassenkampfes in Großbritannien setzt einen Bruch des britischen Proletariats mit einer langen Tradition, sei es des Rassismus und des Chauvinismus, sei es der Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der farbigen Klassenbrüder voraus. Es ist bezeichnend, daß die skinheads nichts anderes als die Quintessenz sämtlicher reaktionärer Tendenzen innerhalb der englischen Arbeiterklasse darstellen. Die Klasseneinheit des Proletariat in England wird sich auch darin äußern müssen, daß die britischen Proletarier die rassistischen Angriffe der skinheads und der National Front und jede rassistische Diskriminierung als einen Angriff gegen die eigene Klasse betrachten und dementsprechend darauf antworten. Dieser Bruch ist aber auch die Bedingung dafür, daß das farbige Proletariat nicht in die bürgerlichen Ideologien des schwarzen usw. Nationalismus und der einseitigen "Anti-Weißen-Perspektive" getrieben wird.

Nun, die Unruhen dieses Sommers waren der Beginn eines solchen Bruches. Diese Kämpfe unterschieden sich von den früheren Revolten und Arbeitskämpfen der farbigen Proletarier nicht allein dadurch, daß sie, statt wie bisher räumlich begrenzt zu bleiben, sämtliche wichtigen Städte Englands und Schottlands mitrissen. Bei den Unruhen dieses Sommers wurden auch die von Bourgeoisie und Opportunismus sorgsam errichtete Barrieren zwischen den Nationalitäten auf der Straße spontan übersprungen. Weiße und Farbige mehrerer Nationalitäten kämpften Seite an Seite gegen die bürgerliche Polizei. Hier liegt eine großartige Ermütigung zum Kampf!

Es gibt aber noch eine andere Barriere, die zu zerbröckeln beginnt; es gibt einen weiteren Grund für große Begeisterung: Die keineswegs zufällige, sondern materiell determinierte objektive Gleichzeitigkeit der Straßenkämpfe in England und der Welle des anticolonialen Kampfes gegen Großbritannien in Nordirland. Auf beiden Inseln wurde zum gleichen Zeitpunkt gegen den gleichen Feind und mit der gleichen Gewalt gekämpft! Wenn sich dieses

objektive Echo in England zu einer aktiven und bewußten Solidarität mit dem Kampf gegen die britische Unterdrückung Irlands entwickelt, wird ein entscheidender Stützpunkt der bürgerlichen Herrschaft über das britische Proletariat zerstört, nämlich seine objektive Komplizenschaft mit dem "eigenen" Imperialismus in der irischen Frage.

o o o

Und die Entwicklung kann nur noch explosiver werden, denn tatsächlich hat sich in England als Folge seines unentrinnbaren historischen Niedergangs wie nie zuvor Zündstoff angesammelt.

Bis zum ersten Weltkrieg war der englische Kapitalismus die erste Weltmacht und befand sich im Besitz von ca. einem Fünftel des Erdballs. Er wurde durch die weitere Entwicklung des Weltkapitalismus auf den Rang einer regionalen Macht verwiesen und mußte seine historische Stellung an die USA abtreten. Diese Entwicklung, die der Marxismus am Ende des 19. Jahrhunderts schon vorhergesehen hatte, wurde mit dem Ausgang des 1. und dann des 2. Weltkrieges und mit dem eindeutigen Sieg des US-Imperialismus engültig besiegt. Die einstige erste industrielle Weltmacht ist zu einem parasitären Imperialismus geworden, dessen finanzielle Macht in keinem Verhältnis zu seiner industriellen und Handelsmacht steht. Der britische Imperialismus ist wie ein gealterter Vampir, dessen Überleben durch eine Transfusion von Gewinnen aufgrund der historischen Rolle der City als internationales Wucher- und Handelszentrum ermöglicht wird. Und vor allem die Beibehaltung eines gewissen Einflusses auf die Reste seines ehemaligen Kolonialreiches und die Sterlingzone halten den verwesenden Körper des britischen Imperialismus am Leben.

Engels hatte den Ausbruch von gewaltsamen Klassenkonflikten und die "Wiedergeburt des Sozialismus" in England als Konsequenz aus dem unvermeidlichen Zusammenbruch des englischen Industriemonopols,

No. 7 - September 1981
 Price per copy: U.K.: 50p - U.S. and Canada: \$1.00
 Belgium: 50 FB - France: 6 FF - Germany: 3 DM - Italy: 1.000 Lire

communist program

ORGAN OF THE INTERNATIONAL COMMUNIST PARTY

CONTENTS

- The Class Struggle is More Alive Than Ever 1
- The Shiga Trial 7
- Poland Confirms: The Need for Organization, the Need for the Party 13

THE VOLCANO OF THE MIDDLE EAST

- The Agonizing Transformation of the Palestinian Peasants into Proletarians 19
- The Israel-Egypt Peace Treaty and the New Imperialist Order in the Middle East 33

- The Democratic Principle 45
- The Social Imperialism of the Spartacists or An Obituary on a Living Tendency 65
- Reinforcement of the Bourgeois Dictatorship in Turkey 73
- The Chinese Proletariat is Awakening! 77

"Angelpunkt des bestehenden Gesellschaftssystems", vorausgesehen. Mit dem Aufstieg neuer Konkurrenten, zunächst auf dem europäischen Festland, dann der USA wurde das Industriemonopol Englands gebrochen. Damit verlor die englische Bourgeoisie nach und nach die materielle Möglichkeit, einen Teil der Arbeiterklasse an den Vorteilen dieses Monopols teilnehmen zu lassen, und die englischen Arbeiter mußten auf das gleiche Niveau wie die Arbeiter des Auslands gebracht werden. Die daraus resultierenden Konflikte blieben nicht aus, besonders 1911 bei den großen Streiks in den Bergwerken und im Transportwesen, dann 1927 bei dem bisher größten Streik der Bergarbeiter, der vom Stalinismus und den britischen Gewerkschaften gemeinsam sabotiert wurde. Die revolutionären Konsequenzen aus dem unvermeidlichen Niedergang sind jedoch infolge der weltweiten Niederlage der Arbeiterklasse unter den Schlägen der stalinistischen Konterrevolution ausgeblieben, die sie daran hinderte, der Agonie des englischen Kapitals ein Ende zu setzen.

Die von Engels formulierte historische Perspektive hat sich aber deswegen nicht minder bestätigt: Sie ist im Gegenteil, wie die Tatsachen selbst zeigen, aktueller denn je.

Die englische Bourgeoisie weiß aufgrund einer jahrhundertelangen Erfahrung mit antiproletarischer Repression, worauf sie sich gefaßt machen muß: Auf parlamentarischer Ebene unternimmt sie den Versuch, das traditionelle Zwei-Parteien-System zu lockern, um gegenüber der aufkommenden sozialen Bewegung eine größere Flexibilität wie auf dem Kontinent zu erreichen. Mit Demokratie und Reformismus allein wird dem Proletariat in England jedoch immer weniger zu begegnen sein. Auch in dieser Hinsicht setzen die Straßenunruhen dieses Sommers ein Zeichen. Sie stellen einen Bruch dar mit der Tradition des rein ökonomischen Kampfes und des Trade-Unionismus, der die parlamentarischen Runden als einzige politische Perspektive bietet; einen Bruch mit dem Ballast, unter dem die großartigen Lohnkämpfe der englischen Arbeiter erstickten; einen Bruch mit der Unsitte, innerhalb der Grenzen des Betriebes und des Berufes zu bleiben. Sie sind eine Vorankündigung des politischen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat, in den auch das aktive Industrieproletariat - von den alten Trägheitskräften noch halb gelähmt - unvermeidlich treten wird. Und so brach auch der Mythos des freundlichen, demokratischen und unbewaffneten Bobby zusammen. Eine Polizei "nach kontinentalem" Vorbild wird schnellstens ausgebildet, und das heißt Verwendung von CS-Tränengas, von Wasserwerfern und Gummigeschossen, lauter Genüsse, die die englische Bourgeoisie bisher der katholischen Bevölkerung in Irland und den Kolonialvölkern vorbehalten hatte.

Welche Bestätigung des Marxismus! Welche Parteiaufgabe! Denn diese Bestätigung bedeutet zugleich, daß die Bedingungen für die Einführung des Marxismus in die englische Arbeiterbewegung, die ihm bisher so fern stand, sich herausgebildet haben.

Südafrika: Die Uhr zeigt fünf vor zwölf

Eine der empfindlichsten Stellen der bürgerlichen Weltordnung ist gegenwärtig neben Polen die rassistische weiße Republik Südafrika. Dort gelingt es der herrschenden weißen Klasse nicht, einen Reformprozeß in die Wege zu leiten, welche den immensen politischen und sozialen Privilegien der Weißen zuleibe rückt und die schwarze Bourgeoisie an der Macht partizipieren läßt. Da die weiße Minderheit mit allen Fasern ihrer Existenz an jene Privilegien gebunden und der gesamte Staatsapparat zur Bewahrung derselben gebildet ist, fallen die Rassenschranken nicht, sondern werden eher noch "verkrampfter".

Auch wenn also die Rassenfrage hier die Klassenfrage überdeckt, ist es doch der Klassenkampf der schwarzen Arbeiter, der sich zusehends in den Vordergrund der Auseinandersetzung schiebt. Ja, dieser Klassenkampf ist es, der die Lage in Südafrika geradezu explosiv macht. Die Rechtlosigkeit, die Armut und das Elend, die niedrigen Löhne und die fürchterlichen Arbeitsbedingungen, die Zwangsumsiedlung "illegaler" Arbeiter und der Hunger steigern den Haß und die Wut der schwarzen proletarischen Klasse ins Unermeßliche. War das Jahr 1980 schon ein ausgesprochenes Streikjahr, so gab es im Frühjahr dieses Jahres eine Streikwelle, die alles vorherige in den Schatten stellte. Diese

in der Geschichte Südafrikas beispiellose Streikwelle erfaßte die gesamte Automobilindustrie (u.a. General Motors, VW, Ford, Goodyear, Firestone). Obwohl viele dieser Streiks - wie das auch schon im vorigen Jahr massiv praktiziert wurde - mit der Entlassung und Umsiedlung ganzer Belegschaften endeten, ist kein Abebben des heroischen Kampfgeistes der schwarzen Arbeiter abzusehen. Im Gegenteil. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn das aufgeklärte amerikanische Unternehmertum (u.a. die New York City Bank, der drittgrößte Chemiekonzern UCC, H. Kissinger, Cyrus Vance) in einer von der Rockefeller-Stiftung finanzierten Studie über Südafrika zum Schluß kommt, daß dort die Uhr auf fünf vor zwölf steht. Man geht sicher davon aus, daß eine Revolution in Vorbereitung ist und "daß sich das weiße Regime unfähig erweisen wird, diese Revolution zu unterdrücken" (zitiert im "Magesanzetger" vom 27.8.81). Deswegen müsse die amerikanische Administration auf die schwarzen Reformisten setzen und nicht auf die gegenwärtigen Machthaber.

Die Proletarier in aller Welt müssen dagegen auf das schwarze Proletariat Südafrikas setzen, sich seinen Mut und Kampfgest zueignen machen und somit einen Beitrag zur einzig wirksamen Solidarität leisten, derer die kämpfenden schwarzen Massen bedürfen.

Der Zauberlehrling auf dem Weg zum Weltkrieg

Wirtschaftspolitik in der Krise: 1929 und 1981

Unübersehbar erzeugt die Depression, von der die kapitalistische Weltwirtschaft erfaßt ist, auch Depressionen bei denen, die als "Ärzte" dieser maroden Gesellschaftsordnung Therapien zur Heilung anbieten müssen. Politiker und Wirtschaftsexperten suchen zwar in ihren offiziellen Verlautbarungen noch Optimismus zu verbreiten, indem sie auf die zähen "Selbsteilungskräfte" der Marktwirtschaft oder auf die ordnende Rolle staatlicher Interventionen verweisen, aber in der Praxis ist man schließlich hilflos, zaudernd und traut doch nicht so recht der jeweiligen "Therapie" über den Weg. Aber trotz alledem - faßt man längere Perioden ins Auge - ist die bürgerliche Wirtschaftspolitik, die in einer anarchischen und chaotischen Produktionsweise immer eine Politik des schnellen Blicks und der kurzen Hand sein muß, sowohl ein *Erhaltungsmittel* und *Schutzinstrument* der bürgerlichen Gesellschaft - und als solche muß das revolutionäre Proletariat sie ernst nehmen - als auch ein *Faktor der Krise selbst*. Welche Mittel hält die bürgerliche Klas-

se bereit, um den Folgen der Krise zu begegnen, welches sind die Bedingungen, unter denen eine bestimmte Wirtschaftspolitik betrieben wird, wohin führen diese Versuche des Zauberlehrlings, die unbezähmbaren Gewalten des Kapitalismus zu meistern? Für die kämpfende proletarische Klasse ist die Antwort auf diese Fragen wichtig, wirft man doch damit einen Blick in das Waffenarsenal des Gegners und kann sich dementsprechend wappnen.

Wenn wir nun einen Blick werfen auf die letzte große Krise (30er Jahre) und die Reaktion der internationalen Bourgeoisie darauf, wenn wir also eine Rückschau machen, so nur zu dem Zweck einer Voraussicht auf die zukünftige Entwicklung. Denn dort wurden die Waffen geschmiedet, die Mittel angewandt, die Reaktionen erprobt, die die feindliche Klasse auf wirtschaftlichem Gebiet zu ihrem Schutz anwenden kann. Und gleichermaßen können wir in einem solchen Rückblick ermesen, *wohin* die Wirtschaftskrise sowie ihre Ergänzung durch die Wirtschaftspolitik führte, führen mußte.

Kapitalismus war Wirklichkeit geworden. Jedoch war die Arbeiterklasse, die diese Lage zur sozialen Revolution ausnutzen könnte, schon gänzlich durch die stali-

nistische Konterrevolution entworfen worden. Es bewahrheitete sich das Lenin-Wort, *daß der Kapitalismus nicht stürzt, wenn man ihn nicht stößt*.

Die eigentliche Krise der imperialistischen Epoche ist der Weltkrieg

Wie nun aber wählte sich der Kapitalismus aus der Krise von 1929-1932 heraus? Nun, indem er eine noch viel gewaltigere Krise vorbereitete! Der Kapitalismus hat im allgemeinen eine einzige "Lösung" für seine Überakkumulation, nämlich die massenhafte *Vernichtung von Kapital*, sei es in Form des Bankrotts von Unternehmen, sei es durch tatsächliche, materielle Zerstörung von Waren und Kapital. Dies allein, gründlich durchgeführt, schafft den erneuten Spielraum für einen neuen Zyklus von Kapitalanlage und Wachstum.

Während dies im vorimperialistischen Zeitalter gewöhnlich durch die Entwertung von Kapital und Unternehmenszusammenbrüche vorstatten ging, ist das im Zeitalter des Imperialismus allein nicht mehr ausreichend. Denn jetzt haben die großen Kapitale, insbesondere das zum Finanzkapital zusammengefloßene Industrie- und Bankkapital, solche Größenordnungen erreicht, daß ein bereinigender Bankrott solcher Unternehmungen *von bürgerlichen Staat verhindert werden muß*, soll nicht die *gesamte nationale Wirtschaft* in eine existenzielle Gefahr hineinschlittern. Der Staatsinterventionismus, der, wie man nicht ganz korrekt sagte, "organisierte Kapitalismus", *sobald die Krise auf*, indem er in gewissen Grenzen die nationale Wirtschaft "organisierte". Er *verallgemeinerte* aber die Krise, insofern es nunmehr um den Kampf und die Selbstbehauptung ganzer nationaler Kapitale ging, die ihren Kapitalüberfluß den feindlichen Brüdern zuschanzen müssen und weltweite Interessen zu sichern haben. Dies nun aber muß - sehen wir einmal von weltpolitischen und militärstrategischen Gegensätzen ab - in einen weltweiten Konflikt münden, der schließlich nicht mehr allein auf ökonomischer Ebene ausgetragen werden kann. Die *ökonomische Struktur des Imperialismus allein macht also einen imperialistischen Weltkrieg zwangsläufig*. Und dieser Krieg endlich vollzieht jene massenhafte Vernichtung von Kapital und Übrigens auch von Arbeitskräften, derer der Kapitalismus zum Zweck seiner Regeneration bedarf.

Die sog. Große Depression der dreißiger Jahre ist nun nichts anderes als die Verallgemeinerung aller bürgerlichen Gegensätze und ihre Steigerung zum imperialistischen Krieg. Die internationale Konkurrenz erreichte eine solche Heftigkeit, daß allmählich alle Nationen zuerst zum *Protektionismus* und später dann zu einer annäherungsweise Autarkie übergingen. Der Welthandel ging rapide zurück, die Weltwirtschaft zerfiel in mehrere, sich um eine potente imperialistische Macht

gruppierende Blöcke mit fast autarkem Charakter. Es entstanden Wirtschaftszonen, die nach den Währungen des dominierenden Imperialismus benannt waren, wie der Sterlingblock, die Yen-Zone, der Dollarblock usw. Diese Gebiete, natürlich auch eines, in dem die Reichsmark dominierte, mobilisierten ihre nationalen Reserven, schufen künstliche Nachfrage durch eine extensive Ausgabenpolitik, d.h. Verschuldung des Staates, stützten ganze kriselnde Industriezweige, schufen große öffentliche Beschäftigungsprogramme, fixierten Preise und Löhne, kartellisierten die Wirtschaft und richteten mehrjährige Wirtschaftspläne ein. Eine Wirtschaftspolitik wurde also betrieben, die mit dem Namen von Keynes verknüpft ist. Dieser hatte jedoch nur das theoretisiert, was schon längst Wirklichkeit war: die ökonomische Mobilisierung aller Ressourcen der nationalen Kapitale, zunächst um wirtschaftlich und bald auch militärisch *wehrrfähig* zu werden und die Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Die Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus und die der amerikanischen Regierung (New Deal) stehen nur stellvertretend für den allgemeinen Trend. Es war keineswegs allein - wie das allgemein behauptet wird - die *Rüstungsproduktion*, die eine gewisse wirtschaftliche Erholung erzeugte. Es war die *Gesamtheit* der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die dies vollbrachte. Die Große Depression war nichts anderes als die *Vorbereitung der eigentlichen Krise des imperialistischen Zeitalters*, des Weltkriegs. Wenn man sagt, die Krise ging in der Mobilisierung für den Krieg unter, dann ist dies eine durchaus "interessierte" Verdrehung der Tatsachen. Dahinter versteckt sich die bürgerliche Erklärung des imperialistischen Krieges als eines von der Entwicklung der Wirtschaftskrise selbst losgelösten Phänomens. Dieser Weltkrieg ist nichts anderes als die *Austragung aller Interessengegensätze zwischen national organisierten aber international agierenden Kapitalen*. Die Schlacht, die sich einzelne Unternehmen oder Unternehmensgruppen in "normalen" Zeiten liefern, steigert sich in dieser Epoche zu einer Schlacht zwischen den ganzen nationalen Kapitale repräsentierenden und schützenden Staatsmonstern. Letzteres ist die "Normalität" des kriselnden Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Genau genommen also bedeutete die Mobilisierung für den Krieg auf allen Ebenen nicht einen Aufschub der Krise, sondern schuf erst die Bedingungen für ihren Ausbruch.

— Gestern —

Die unvermeidlichen Folgen der Überproduktion

Die große wirtschaftliche Krise, die der Erholungsphase nach dem Ende des 1. imperialistischen Weltkriegs folgte und die mit dem Paukenschlag des Börsenzusammenbruchs im Oktober 1929 ihren spektakulären Anfang nahm, war - wie die heutige - eine *Überproduktionskrise*. Zuviel Kapital war erzeugt worden, das nach Anlage suchte, aber diese nicht mehr zu profitablen Bedingungen fand. Es war ein Zuviel an Produktions- und Lebensmitteln, nicht im absoluten, nicht im Vergleich zu den Bedürfnissen der Millionen Hungerleider, sondern in Bezug auf die Bedürfnisse des Kapitals.

In fieberhaften *Spekulationswellen*, angeheizt noch durch die Kredite und Anleihen, die mit den Reparationszahlungen verbunden waren, brandete das anlangesuchende Kapital über den Weltmarkt und schlug sich in den wild steigenden Börsenkursen nieder. Man sprach unmittelbar vor Ausbruch der Krise gar vom goldenen Zeitalter der Prosperität, das nun anbrechen würde. In den zwanziger Jahren wurde die Weltwirtschaft zusammengehalten von Reparationen, Kriegsschulden und kommerziellen Krediten, so wie auch die heutige Weltwirtschaft von einem Korsett an Krediten, Finanzabsprachen, Moratorien usw. gehalten wird. Solange ein aufnahmefähiger, sich infolge der durch die Kriegszerstörungen entstandenen Leere erweiternder Weltmarkt die Abnahme der Produktion der entscheidenden wirtschaftlichen Nationen gewährleistet, solange werden Ungleichgewichte zwischen den Bestandteilen der Weltwirtschaft durch jene Abkommen, Kredite usw. verkleistert. Wird aber an einer Stelle die Kette der gegenseitigen Kredite und

Absprachen durchbrochen - und in einer weltwirtschaftlichen Depression war und ist dieser Punkt zwangsläufig - und wird das Vertrauen in das Weiterfunktionieren der sich durch diesen finanziellen Überbau vor dem Bankrott bewahrenden Kapitale und Nationen empfindlich gestört, so ist der Zusammenbruch unvermeidlich. Der Oktober 1929 war ein solcher Termin. Nunmehr setzte ein mörderischer wirtschaftlicher Kampf ein. Jede Nation suchte auf Kosten jeder anderen die Krisenfolgen abzuladen. Jedes Land suchte im Handel mit den anderen unmittelbare Exportüberschüsse zu erzielen, was bei den schwächeren Ländern zu Importeinschränkungen führte. Und dies rief wiederum aggressivere Praktiken (z.B. Abwertungen) bei den Stärkeren hervor usw. Es geschah genau das, was Marx im 3. Band des "Kapital" folgendermaßen beschrieb:

"Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz, (...) als praktische Brüderlichkeit der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem Andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder Einzelne davon zu tragen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder." (MEW Bd. 25, S.263)

Die erste Reaktion der Bourgeoisie

Die Wirtschaftspolitik nun tat zunächst nichts anderes, als im Innern jeder Nation die Bedingungen zu schaffen, damit man diesen tödlichen Wettbewerb überstehe. Und das hieß zunächst Senkung der Löhne als dem wichtigsten flexiblen Kostenfaktor und Senkung aller für das Kapital unproduktiven Ausgaben.

In Deutschland standen 1930 einerseits solche Maßnahmen im Vordergrund wie Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Einführung von Arzneimittelgebühren, Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung für verheiratete Frauen und Jugendliche, Steuererhöhungen, Reduzierung der Beamtengehälter, lohnsenkende staatliche Schiedssprüche usw. Diese Maßnahmen wurden in Form von Notverordnungen, den sog. Brüning'schen Notverordnungen, durchgeführt. Sie erinnern beeindruckend an jene Maßnahmen, die heute nicht nur in der BRD projektiert und zum Teil schon in Angriff genommen sind (siehe z.B. Großbritannien und die USA). Andererseits begann man damit, staatlicherseits die Kapitalisten massiv "aufzurüsten". Zunächst griff man den bürgerlichen Großgrundbesitzern mit Zollschutz, Krediten und "Osthilfe" unter die Arme, dann begann die Regierung - im Interesse des gesamten deutschen Kapitals - mit dem Kampf gegen die Reparationen. Sie entwickelte den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion und fing an, der Rüstungsindustrie die ersten größeren Aufträge zu erteilen (Aufrüstung der Marine). Auch verhielt man sich, was die Unterstützung der "notleidenden" Industrie anbelangt, durchaus nicht zimperlich. Die Politik also, die schon damals euphemistisch "Ausgleich des Budgets" genannt wurde, war nichts anderes als eine *Umverteilung der staatlichen Ausgaben* zugunsten des "pro-

duktiven" Kapitals und zuungunsten der "unproduktiven" proletarischen Hungerleider.

Diese *Austeritätspolitik* war übrigens nicht eine deutsche Eigenart, sondern war in dieser oder jener Form *internationale Richtlinie* für jede Bourgeoisie. Die Bourgeoisie reagierte mit einer solchen Politik *unmittelbar* auf die gegebenen weltwirtschaftlichen Signale, um Marktanteile zu sichern, exportfähig zu bleiben usw. Um eine andere Politik, wie sie später dann praktiziert wurde, durchzusetzen, bedurfte es noch eines letzten Schlages gegen die demoralisierte und schon geschlagene Arbeiterklasse.

Wozu führte nun diese ökonomische Therapie, die Schlankeitskur, die die bürgerliche Klasse verordnete?

Zwar schuf diese Kur eine gewisse Entlastung der Kapitalisten, welche sich mehr noch als in gewöhnlichen Zeiten zulasten der Arbeiterklasse stärkten, aber lösen konnte sie die Krise nicht. Im Gegenteil *verschärfte sie sie noch*. Denn da jedes Land im großen und ganzen dasselbe tat, wurde der Krieg zwischen Unternehmen auf dem Weltmarkt noch härter. Überdies kollabierte das internationale Finanzsystem, angefangen mit dem Zusammenbruch von großen Banken in Deutschland und Österreich 1931, so daß das Vertrauen in das Weiterfunktionieren der Wirtschaft noch nachhaltiger gestört wurde, als dies 1929 der Fall war. Im Innern der bankrottreifen kapitalistischen Nationen stiegerte sich - gleichfalls verschärft durch die Austeritätspolitik - die Arbeitslosigkeit bis zu ungeahnten Ausmaßen. Allein in Deutschland belief sie sich bald auf 6 Millionen! Der vielbeschworene Zusammenbruch des

Wir erleben heute die *Anfänge einer erneuten Großen Depression*. Allerdings stößt sie heute auf wesentlich stabilere Verhältnisse als sie etwa nach dem ersten Weltkrieg existierten. Die Rezession trifft auf eine kapitalistische Welt mit großen ökonomischen Reserven und mit einer noch sozial befriedeten Arbeiterklasse in den wesentlichen Ländern. Eine Hierarchie von potenten imperialistischen Mächten, an deren Spitze der amerikanische Imperialismus steht, sorgt noch dafür, daß die auftretenden Risse in der Weltwirtschaft (die krisengeschüttelten Branchen, bankrotte Staaten, Ölpreisschock, Handelskonflikte, finanzielle Reibungen usw.) einigermaßen gekittet werden. Hierfür steht ein mächtiges, zentralisiertes, von diesen Mächten beherrschtes, internationales Finanzsystem zur Verfügung. Mit Sanierungsprojekten, großen Krediten, einer damit verbundenen Auflagenpolitik und Moratorien rückt man den partiellen Krisen zuleibe. Aber erstens wird dadurch der irgendwann doch notwendige ökonomische Reinigungsprozeß nur aufgeschoben, nicht aufgehoben, man akkumuliert nur die Elemente für einen großen Krach. Und zweitens ist auch dieses gewaltige Finanzsystem nicht ein Faß ohne Boden. In dem Maße nämlich, wie seine Grundlage selbst erschüttert wird, d.h. also in dem Maße wie die Gläubigerländer auch in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, in demselben Maße erodiert dieses System, wird restriktiver gehandhabt und stößt schließlich an seine Grenzen. Diese Grenzen sind zwar heute noch nicht erreicht. Aber die Debatten über Finanzierungsprobleme in allen wichtigen imperialistischen Ländern zeigen an, daß wir uns in Riesenschritten diesen Grenzen nähern.

Eines der großen Probleme der dreißiger Jahre war die Tatsache, daß ein *wirtschaftliches und finanzielles Zentrum* fehlte, dessen Anziehungskraft, Bonität, Reserve und finanzielle Macht die Krise hätte verzögern können. Großbritannien war dieses Zentrum einmal gewesen und die USA waren es noch nicht geworden. Heute sind die USA dieses Zentrum, das übrigens noch durch eine immense militärische Macht verstärkt wird. Der US-Imperialismus kann entsprechend Konzessionen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet erzwingen. Jedoch ist diese zentrale Rolle der USA nicht mehr unangefochten, was am Zusammenbruch der Weltwährungsordnung von Bretton Woods, die ja wesentlich auf dem in Gold konvertierbaren Dollar fußte, ablesbar ist. Wenn heute bei den wichtigen Staaten eine deutliche Präferenz für die Austeritätspolitik und eine Ablehnung des Keynesianismus vorhanden ist, dann erklärt sich dies wesentlich aus der Tatsache, *daß die Überproduktion*, welche in noch viel größerem Maße besteht als anno dazumal, *noch international finanziert werden kann* und daher ein Ausweg aus der Rezession noch nicht in nationaler Flucht und Abwehr des Weltmarktinflusses durch staatliche Protektion gesucht werden braucht. Die Macht des amerikanischen Imperialismus wirkt überdies noch dahin, daß eine Exportüberlegenheit z.B. der japanischen Wirtschaft sich nicht voll ausleben kann, was ja in breitem Maßstab zu Importrestriktionen, Zollschutz usw. auf der anderen Seite führen würde. Es kommt durch sanften oder weniger sanften Druck zu "freiwilligen" Exporteinschränkungen von Seiten der japanischen Industrie. Solange also die internationale Wirtschaft trotz Überproduktion noch einigermaßen läuft,

Fortsetzung auf Seite 7

Kampf gegen die Repression

Schon von Anfang an sah sich die Hausbesetzerbewegung mit Räumungen, Bulleneinsätzen, Verhaftungen konfrontiert, und sie mußte sich dagegen wehren.

Dieser Kampf gegen die Repression kam in vielerlei Aspekten zum Ausdruck: angefangen beim Demoschutz, der ein Minimum von Organisation eines Selbstschutzes voraussetzt; die wertvolle Arbeit von autonomen Sanitätsergruppen, des Ermittlungsausschusses; dann die Reihe von Schutzmaßnahmen, die dazu dienen zu verhindern, daß durch die legale Arbeit bestimmte "bewegungsinterne" Informationen durchsickern - die Anwesenheit von Spitzeln, von "Zivis" ist in einer breiten und offenen Bewegung wie der Hausbesetzerbewegung besonders schwer zu vermeiden, man kann und muß jedoch ihre schädigende Wirkung eindämmen. Dazu gehört durchaus die Frage eines illegalen Netzes, sei es z.B. auch nur zum Schutz von Leuten, die aufgrund von Haftbefehlen gezwungen sind, eine zeitlang unterzutauchen.

Viele dieser Fragen wurden von der Bewegung durchaus positiv angepackt, was umso bemerkenswerter ist, als mit der Entwicklung des Kampfes viele Aufgaben ohne vorherige Erfahrung, also aus dem "Nichts" heraus, bewältigt werden mußten. Diese kontinuierliche, zähe und in Zeiten der Flaute oder Müdigkeit oft auch mit Frust verbundene Kleinarbeit gehört mit zur Widerstandskraft, die die Bewegung insgesamt in all diesen Monaten entwickelt hat.

Anderere Aufgaben wiederum werden nur an-

satzweise oder nur von wenigen aufgegriffen. Viel zu tun haben wir z.B. noch in der Frage Demoschutz, die angesichts der immer brutaleren Bulleneinsätze immer brisanter wird.

Die Anstrengungen, trotz der Repression den eigenen Kampfraum sicherzustellen, werden somit zu einem der wesentlichen Bestandteile der Aufgaben der Bewegung selbst, um als solche überleben und sich entwickeln zu können. Es geht nicht darum, ob man nun "Bock" darauf hat, sich mit bestimmten Aufgaben zu befassen. Es entsteht eine materielle Lage, die die Bourgeoisie mit ihren Initiativen, ihren Angriffen den Betroffenen aufzwingt: Der Kampf gegen die Repression wird zu einer Voraussetzung, um die Kampfkraft der Bewegung zu steigern oder zumindest aufrecht zu erhalten. Geht es doch darum, die Bedingungen sicherzustellen für den Kampf selbst. Das gilt für den heutigen Verteidigungskampf genauso wie gegen den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus.

Ein wesentlicher Punkt ist dabei die Frage der Verteidigung der Gefangenen, und damit wollen wir uns hier im besonderen befassen. Welches Ausmaß dieses Problem inzwischen erreicht hat, bringen ein paar "trockene Zahlen" zum Ausdruck: Seit Dezember 80 laufen insgesamt mehr als 5000 Ermittlungsverfahren, davon werden schätzungsweise 10% zu Prozessen führen. Über 80 Prozesse haben inzwischen schon stattgefunden, Abschreckungsurteile mit Knast bis zu 1 1/2 Jahren, ja sogar 2 1/2 Jahren wurden

ausgesprochen, bis jetzt wurden 11 Gefangene zu insgesamt 13 Jahren Knast verurteilt. Noch mehr gab es mit Bewährung: 27 Gefangene mit insgesamt 22 Jahren. Und nebenbei noch die Geldstrafen und die vielen kleineren Schikanen wie Jugendarrest, Arbeitsdienst, Meldeauflagen usw. Durchschnittlich sind laufend 35 bis 40 Leute in Haft bzw. U-Haft.

Zu Beginn, in den Monaten der spontanen Ausweitung der Bewegung gab es massive, wütere Reaktionen auf die ersten Abschreckungsurteile. Die Parole "1-2-3: Laßt die Leute frei!" beherrschte die Demos, die Forderung "Freilassung der Gefangenen!" als Voraussetzung für jegliche Verhandlungen über die besetzten Häuser wurde zum breit empfundenen Ausdruck der Stärke der Bewegung in ihrer Aufschwungsphase.

Im Laufe der Monate trat dann eine gewisse "Gewöhnung" an die Repression ein, was die Frage der Gefangenen betrifft. Die Hauptaufmerksamkeit galt den Problemen draussen: Räumungen, Demos, Knüppelinsätze der Bullen, Massenfestnahmen, Diskussionen, wie es weitergehen soll. Daß gleichzeitig immer mehr Leute im Knast verschwanden, verurteilt wurden, gehörte fast zum "Alltag". Die Betroffenheit gegenüber den Leuten "drinnen", d.h. den Gefangenen, die stellvertretend für die ganze Bewegung im Knast sitzen, rückte bei vielen mehr und mehr in den Hintergrund des Bewußtseins.

Doch nicht nur durch Inhaftierung werden Leute lahmgelegt. Dazu kommt auch die lähmende Wirkung der vielen Strafen auf Bewährung: man ist zwar draußen, aber mit der ständigen Angst, auf Demos zu gehen, an Aktionen teilzunehmen, überhaupt in einem besetzten Haus zu leben, mit der Angst, bei der ersten Gelegenheit wieder einzufahren. Auch der Zwang zum Untertauchen entzieht uns aktive Kräfte. Man braucht nur an die drei Leute zu denken, die aufgrund von Haftbefehlen nach einer Bullenprovokation in der TU/WAT-Zentrale am 9.8. gezwungen waren, fast 3 Monate unterzutauchen, und einer von ihnen steckt auch heute noch in dieser lähmenden Situation.

o o o

Der vorbeugende, abschreckende Charakter der Repression hatte somit im Laufe der Monate eine gewisse Wirkung erzielt. Verbitterte Briefe kamen aus dem Knast, von Gefangenen, die sich von der Bewegung im Stich gelassen und vergessen fühlten.

Eine unüberbrückbare Distanz schien entstanden zu sein zwischen dem entfernten großen Ziel, die Freilassung der Gefangenen zu erkämpfen, und einer realen Situation der "Flaute" der Bewegung.

Gerade in dieser Situation wurden jedoch erste Schritte unternommen, (anfangs) rotwellige kleine Schritte, um der "Gewöhnung" entgegenzuarbeiten, um anzufangen, diese Distanz zu überbrücken. Kleine Gruppen begannen, sich kontinuierlich um die Gefangenen zu kümmern, die Besuche, Brief-

Fortsetzung auf Seite 6

Terrorurteil in Hamburg! Solidarität mit Ecki!

Am 10.11. wurde Ecki Sch. zu DREI JAHREN JUGENDKNAST verurteilt. Neben einigen anderen Sachen war er für schuldig befunden worden, nach der Ermordung von Sigurd Debus an einem Brandanschlag auf ein SPD-Büro beteiligt gewesen zu sein. Dieses beispiellose Terrorurteil, gefällt lediglich aufgrund vager Indizien, reiht sich ein in die ganze Prozeßwelle, die die Bourgeoisie seit ein paar Monaten bundesweit entfesselt hat. Mit diesem Urteil sollen ein weiteres Mal all jene eingeschüchert werden, die sich mit den politischen Gefangenen aktiv solidarisieren und gegen die Isolationshaft und für die Verbesserung der Haft-, ja überhaupt der Überlebensbedingungen im Knast kämpfen, denn dieser Kampf und diese Solidarität knacken gerade den Abschreckungscharakter der Knäste an, weil die Gefangenen der Bourgeoisie nicht mehr schutzlos ausgeliefert sind.

Im vorliegenden Fall war dies für den Staat besonders wichtig, weil Ecki aus seiner kompromißlosen Haltung keinen Hehl machte und diese kämpferische Einstellung auch bei den ihn unterstützenden Genossen zum Ausdruck kam: Trotz der an einen "Terroristenprozeß" erinnernden Sicherheitsmaßnahmen (Abtasten vor Eintritt ins Gerichtsgebäude, Ablichten der Personalausweise, Trennscheiben zwischen Zuhörerraum und eigentlichem Gerichtssaal) ließen sie sich nicht einschüchtern und manifestierten mehrfach im Gerichtsgebäude ihre Solidarität mit Ecki (was u.a. zu Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Knüppelinsätzen der Polizei im Gerichtssaal führte). Nach einer Veranstaltung zum Prozeß gegen Ecki wurde spontan noch eine Demo zum Untersuchungsgefängnis gemacht, wo Ecki während der Prozeßdauer in Haft gehalten wurde, um hier noch einmal Solidarität mit ihm und mit allen politischen und sozialen Gefangenen, einschließlich der in Berlin hungerstreikenden, zu demonstrieren (eine der wenigen Veranstaltungen in Hamburg in letzter Zeit, die nicht in einem allgemeinen, demoralisierenden Gelaber endete).

Drei Jahre Knast für kämpferische Solidarität, drei Jahre Knast, um die Leute einzuschüchtern, die den Angeklagten kämpferisch unterstützten! Diese massive staatliche Reaktion soll uns einschüchtern, entmutigen und demoralisieren, damit wir klein beigeben. Das zeigt, DASS WIR UNS NICHT EINSCHÜCHTERN LASSEN DÜRFEN, DASS KÄMPFERISCHE SOLIDARITÄT DER RICHTIGE WEG IST, und DASS MAN GERADE SIE VERBREITERN UND ORGANISATORISCH FESTIGEN MUSS, um die Verbesserung der Haftbedingungen und schließlich die Freilassung der Gefangenen durchzusetzen!

Vom Opfer zum Kämpfer Soziale Gefangene — Politische Gefangene

Die Solidarität mit inhaftierten Hausbesetzern und Demoteilnehmern und der Widerstand der Gefangenen aus der RAF führen immer wieder zwangsläufig dazu, daß die Frage der Gefangenen im allgemeinen, bzw. die Frage der sozialen Gefangenen zum Brennpunkt von Diskussionen wird. Soll die Unterstützung nur den Gefangenen aus der Bewegung, den politischen Gefangenen, oder soll sie nicht vielmehr allen Gefangenen gelten? Sind nicht alle Gefangene politische Gefangene? Und in dem Versuch, die notwendige Solidarität mit den sozialen Gefangenen zu begründen, wird jede Kleinkriminalität, jeder Ladendiebstahl, jedes Autoklauen usw. zu einem bewußten, politischen Kampf gegen diese Gesellschaft erklärt.

Doch müssen wir uns zunächst mal fragen, um welche Gefangenen es hier eigentlich geht. Denn mitunter wird jede Trennungslinie, jede Klassengrenze verwischt und durch rein demokratische Kriterien ersetzt. So wird z.B. argumentiert, aus Gründen der "Glaubwürdigkeit" müsse man sogar die Freilassung von Rudolf Heß fordern! Diese Art "Glaubwürdigkeit", die über den Klassen, über der Kampffront schwebt, stellt nichts anderes dar als einen Anbiederungsversuch an die bürgerliche Meinung. Humanitätsduselei tritt an die Stelle des Kampfes gegen eine unmenschliche und für eine Klassenlose und daher humane Gesellschaft. Wir meinen also natürlich nicht die "schwarzen Schafe" unter den Kapitalisten, die aus dem Verkehr gezogen werden, weil sie die Regeln der kapitalistischen Gaunerei übertreten haben. Wir meinen auch nicht den Flankenschutz der Kapitalisten, die Faschisten, die - wenn sie in einer Situation relativer sozialer Ruhe "zuviel des Guten tun" - manchmal eingeknastet werden, um den Anschein des demokratischen Rechtsstaates zu wahren. Die Bandenkriege zwischen den Kapitalisten können wir nur als Anlaß zur Entlarvung dieser Dschungelgesellschaft nehmen.

Die Gefangenen, die wir meinen, sind die sozialen Gefangenen, die eingeknastet werden, weil sie aus einer Lage des sozialen Elends, der Ausbeutung und Unterdrückung heraus mal eine Pulle Bier, ein Auto oder ein Moped geklaut, einen Zigarettenautomaten geknackt haben oder "gewalttätig wurden", bzw. die, die fixen, weil sie dieser Gesellschaft entfliehen wollen. Die kapitalistische Gesellschaft bringt eine Masse von sozialen Problemen und Widersprüchen hervor, die sie überhaupt nicht mehr auffangen, geschweige denn lösen kann. Und die Brutalität dieses Systems zeigt sich schon darin, daß es die Menschen z.B. durch Drogen kaputtmacht, um sie dann noch dafür zu bestrafen.

Wenn man aber diese sozialen Gefangenen von vornherein zu politischen Gefangenen erklärt, verwischt man die wichtigsten Fragen. Erstens verwischt man die Konturen des Kampfes gegen diese Gesellschaft, der keineswegs in einer bestimmten Form des individuellen Durchkommens besteht, sondern in der kollektiven Abwehr gegen Unterdrückung und Ausbeutung und schließlich im kollektiven revolutionären Angriff gegen den bürgerlichen Staat, um die kap-

talistische Gesellschaft vernichten zu können. Zweitens verwischt man den Unterschied zwischen den reinen Opfern dieser Gesellschaft und den Kämpfern gegen diese Gesellschaft. Auf beiden Ebenen tut man den Opfern einen Bärendienst, denn man verkündet ihre Lage und ihre Handlungen. Und auf dieser Grundlage läuft man Gefahr, die Solidarität entweder durch eine rein literarische Verherrlichung des "Asozialen" und "Kriminellen" oder durch eine Sozialarbeit zur Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft zu ersetzen.

Nun mag aber diese Auffassung, alle Gefangene seien politische Gefangene, viele Haken haben: Hinter ihr steckt oft ein kämpferischer Instinkt für die Fragen des sozialen Kampfes und der sehr richtige Versuch, sie anzupacken. Denn eine soziale Bewegung - wie z.B. die Hausbesetzerbewegung in Berlin - muß sich nicht nur um ihre eigenen Gefangenen kümmern, sondern auch um die sozialen Gefangenen. Die Entwicklung des Kampfes selbst zwingt sie dazu. Eine kämpferische Bewegung gegen bestehende gesellschaftliche Zustände hat eine Ausstrahlung auf alle Opfer dieser Gesellschaft, zumal wenn sie - und sei es nur unzulänglich - sich um ihre Gefangenen kümmert. Sie zeigt, daß man sich wehren kann und muß gegen diese beschissenen Zustände, und daß man dies trotz der Repression tun kann. Sie wird zu einem Anziehungspol, sie ist an sich schon eine Ermütigung zum Widerstand. Ob sich die sozialen Gefangenen nun zornig beklagen, sie fühlten sich benachteiligt gegenüber den "politischen", weil sich kein Schwein um sie kümmere, oder ob sie tendenziell anfangen, sich zu wehren: Früher oder später werden sie - und nicht allein sie - direkt oder indirekt eine Aufforderung, einen Anspruch auf Solidarität und Unterstützung an die Bewegung stellen. Sie wird diesem Anspruch mehr oder weniger gut entsprechen können, sie kann sich ihm aber nicht entziehen, wie sie auch die Oma aus Bayern nicht zurückschicken kann, die sich eines Tages, frisch in Berlin angekommen, in Kreuzberg meldete, weil sie von Bayern die Nase voll hatte und in einem besetzten Haus leben und kämpfen wollte: Auch sie eine Gefangene, die der Isolationshaft des Alters im Kapitalismus entfliehen wollte, und die man je nach Entwicklung der Kämpfe mehr oder weniger gut einbeziehen können, auf jeden Fall aber voller Stolz und Begeisterung aufnehmen muß. Solche Episoden, vor allem aber die Episoden des Widerstands und die Hungerstreiks in den Berliner Knästen sind ein Zeichen für das Ausmaß der sozialen Fragen, mit denen sich die proletarische Bewegung konfrontiert sehen wird und schon heute konfrontiert sieht.

Wir sind also dazu verpflichtet, die sozialen Gefangenen in ihren Versuchen und Anstrengungen, gegen die Repression im Knast zu kämpfen, zu unterstützen. Wir müssen sie durch unsere praktische Solidarität dazu ermutigen, und wir müssen sie mit all unseren Kräften unterstützen, wenn sie sich gegen das Knastsystem wehren. Im Knastsystem widerspiegelt sich die kapitalistische Gesellschaft mit all ihren Methoden, die Leute zum Ducken zu

Soeben erschienen Soeben erschienen Soeben erschienen

Advertisement for a book titled 'DRINNEN + DRAUSSEN EIN KAMPF!'. The cover features a black and white photograph of a person holding a sign that says 'KAMPF ORGANISIERTE NIMMEN STRIKIT SOLIDAR'. Below the photo, the text reads 'Hungerstreik DROGENKNAST DROGE'. At the bottom, it says '- 50 Pf. - 16 S. - Bestellungen bei der Kontaktadresse - INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI Proletarier'.

bringen, sie hemmungslos gegeneinander auszuspielen, auf Schweine und Verräter zu setzen, die mit der Knastleitung zusammenarbeiten. Und gerade durch den kollektiven Widerstand im Knast und im Kampf gegen das Knastsystem werden die sozialen Gefangenen faktisch zu politischen Gefangenen, werden die Opfer zu Kämpfern, wie z.B. die hungerstreikenden Gefangenen in

mehreren Knästen Berlins, die wir mit all unserer Kraft unterstützen müssen!

Die Frage, wer politischer Gefangener ist, entscheidet sich nicht auf dem Papier oder in Diskussionen, sondern durch einen Kampf drinnen, der mit einem Kampf und einer Solidarität draußen aufs engste verknüpft ist.

Die Reformisten auf der Straße

In einem vorangegangenen Artikel (Proletarier Nr. 15) untersuchten wir die programmatische Natur der Berliner AL. Heute wollen wir am Beispiel der AL auf die zersetzende Aktion der Reformisten gegenüber sozialen Unruhen eingehen. Die AL liefert hierfür gegenüber ihren Schwesterorganisationen in der BRD ein geeignetes und lehrreiches Beispiel, weil sie sich in Berlin mit einer sehr militanten sozialen Bewegung konfrontiert sieht. Was uns aber vor allem interessiert, ist natürlich die Antwort, die man auf den Reformismus geben muß.

Der Mord an Sigurd Debus hatte in ganz Westdeutschland eine Welle von Wut und Empörung zur Folge, die sich nicht allein in spontanen Akschens von kleinen Gruppen Luft machen konnte. U.a. in Berlin war das Bedürfnis vorhanden, auf einer breiteren Ebene dem Staat zu zeigen, daß man die Vernichtung der politischen Gefangenen nicht einfach hinnehmen wollte. Die kämpferischen Hausbesetzer und Unterstützer der Gefangenen planten deshalb am Karfreitag (einem Tag nach der offiziellen Bekanntgabe des Todes von Sigurd), für den Ostermontag eine militante Protestdemo zu organisieren. Hinter den Kulissen aber hatte die AL schon ihre Steinchen in Bewegung gesetzt und für den Samstag einen Schweigemarsch angemeldet. Damit wurde die Vollversammlung am Freitagabend regelrecht überrumpelt. Dieses Manöver der AL, das zwar einerseits das Bedürfnis nach einer breiten und schnellen Antwort zu befriedigen schien, aber andererseits offensichtlich einer militanten Demo zuvorkommen wollte, rief Empörung hervor. Jedoch waren die kämpferischen Elemente nicht in der Lage, einheitlich gegenüber der AL aufzutreten. Die chaotische Diskussion darüber, ob man an der Demo der AL teilnehmen soll, um die eigenen Inhalte dort reinzutragen, oder ob man an der eigenen Demo festhält, bei der man allerdings weitgehend unter sich geblieben wäre bzw., ob man beides tun sollte, führte zu keinem Ergebnis. Es blieb der Initiative der einzelnen Leute überlassen, das eine oder das andere zu tun, was in der Praxis dazu führte, daß die eigene Protestdemo nicht stattfand, und vor allem, daß die AL ihren Schweigemarsch ungestört durchziehen konnte, weil unter diesen Bedingungen nur wenige militante Leute kamen und diese außerdem nicht organisiert waren, um eine kämpferische Alternative bieten zu können. Sie ging in der elenden Atmosphäre des Schweigens und der Trauer völlig unter.

Wir gehen hier deshalb so ausführlich auf

diese relativ weit zurückliegende Episode der Klassenkämpfe in Berlin ein, weil sich an ihr beispielhaft die Rolle der praktischen Politik des Reformismus, seine Ziele und seine Handlungsweise aufzeigen lassen. Desweiteren ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer politischen Antwort auf die Manöver der Reformisten, die die kämpferischsten und bewußtesten Leute der Bewegung, ihre Avantgarde gewissermaßen, zu suchen und zu geben gezwungen sind.

Was also zeigt der oben geschilderte Vorfall unserer Ansicht nach?

Erstens: Die AL - und auch das kennzeichnet ja den Reformismus - knüpft an wirklichen Bedürfnissen der Bewegung an. Im vorliegenden Fall handelt es sich um das Bedürfnis, nach dem Tod von Sigurd einen möglichst breiten und schnellen Protest auf die Straße zu tragen. Die Reformisten verfügen über den Spürsinn oder, wenn man will, den "Riecher" für die Fragen, die sich die soziale Bewegung stellt, für die Bedürfnisse, die in ihr verspürt werden. Andernfalls würden sie ihre Rolle, alles wieder in friedliche Bahnen zu lenken, nicht erfüllen können.

Daraus folgt, daß die kämpferischen Elemente in der Hausbesetzerbewegung der AL auf der Ebene der unmittelbaren Fragen, die sich im jeweiligen Moment stellen, entgegenzutreten müssen, daß sie ihre eigenen Antworten denen der Reformisten entgegenstellen müssen. Im vorliegenden Fall hätte das bedeutet, auf einer kämpferischen Grundlage für eine Teilnahme an der Demo der AL aufzurufen, um sie nach Möglichkeit umzufunktionieren bzw. als Anlaß für die Mobilisierung für die eigene Demo auszunutzen.

Zweitens: die Fähigkeit, an die real vorhandenen Bedürfnisse anzuknüpfen, ist natürlich nur eine Frage des Spürsinnes. Das ist auch eine Frage, inwieweit die jeweiligen Kräfte organisiert sind und organisiert in der Bewegung arbeiten. Und hier sind die Reformisten (bis jetzt jedenfalls) dem militanten Flügel überlegen: Es geht nicht allein darum, daß sie eine Demo anmelden, für sie (wenn es ihnen paßt) mobilisieren, ihr einen organisatorischen Rahmen geben (Ordnerdienst, Redebeiträge, Lautsprecherwagen usw.). Gerade weil sie eine Organisation bilden, können sie das alles viel schneller, wirksamer und auf breiterer Ebene machen.

Man muß folglich den versöhnlerischen Politikern auch auf dieser Ebene entgegen-

treten können.

Drittens: Die Reformisten sind nicht einfach organisiert, sie sind (trotz Flügelkämpfe und Schattierungen) als Partei organisiert, d.h. sie verbinden ihre jeweilige Intervention mit einer allgemeinen politischen Perspektive, und sie arbeiten nicht allein im Bereich z.B. der Hausbesetzungen, sondern leisten eine Propaganda-, Organisations- und Mobilisierungsarbeit in vielen anderen Bereichen, aus denen sie Kräfte schöpfen können, um auf die jeweilige Bewegung einzuwirken.

Ein gutes, konkretes Beispiel hierfür ist die - wegen des Droheffekts sehr sinnvolle - Grunewald-Demo in Berlin (d.h. in einem Villenviertel, wo viele Spekulanten wohnen). Diese Demo wurde seinerzeit vor allem von der AL organisiert, um von den senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften (bzw. der Neuen Heimat) und der mit ihnen verfilzten SPD ganz auf die Privatspekulanten und die regierende CDU abzulenken. Auf dem Aufruf befand sich kein Wort der Kritik an SPD/senatseigenen Gesellschaften. Außerdem waren in den idyllischen Gassen des Villenviertels keine massiven Gewaltausbrüche möglich (keine Fluchtwege).

Sie stützen sich somit auf ihre Intervention und ihre Organisation, um weitergehende politische Inhalte in die Bewegung hineinzutragen und so ihr Gewicht und ihren Einfluß zu vergrößern.

Das Ergebnis daraus ist, daß einerseits breitere Massen von Leuten, die auf einer konkreten Ebene durchaus bereit wären, zu kämpfen, dem Kampf entzogen werden, indem sie mangels Alternative der AL hinterherlaufen müssen und so vom Kampf abgehalten werden. Dies führt andererseits dazu, daß die bewußtesten, fortgeschrittensten und kämpferischsten Leute in eine Isolierung und damit in die Demoralisierung getrieben werden.

Daraus folgt, daß die kämpferische Avantgarde auf die Politik der AL eine politische Antwort geben muß, schon allein um sich, aber auch die ganze Bewegung längerfristig in einem militanten Sinne zu festigen und zu stärken.

Daß es möglich ist, den Reformisten auf der Straße eine Antwort zu geben, ihnen einen Strich durch die Rechnung zu ziehen und damit die Bewegung zu stärken, kann man z.B. am Ablauf der Demo vom 25.6.81 zum Schöneberger Rathaus sehen. Die AL hatte im Parlament einen Amnestieantrag für alle

inhaftierten Hausbesetzer gestellt und gleichzeitig für eine Demo zur Unterstützung dieses Antrags aufgerufen, übrigens unter der Parole "Straffreiheit", da die "Amnestie"-Parole auf der Straße schon lange nicht mehr richtig ankam, appelliert man damit doch lediglich an die Gnade und Mildtätigkeit der Herrschenden. Das Konzept der AL, die parlamentarische Aktion zu unterstützen, wurde jedoch mit der versuchten gewaltsamen Durchbrechung der Bannmeile der Polizei um das Rathaus und der darauffolgenden Explosion über den Haufen geworfen. Diese Aktion hatte durch einen mitreißenden Effekt auf viele Demo-Teilnehmer, denen zumindest in diesen konkreten Moment eine Alternative zum ohnmächtigen Protest geboten wurde, was übrigens nicht heißen soll, daß ein nicht-friedlicher, kämpferischer und militanter Protest immer und überall mit Steinwerfen usw. verbunden sein muß. Diesen Mitreiß-Effekt konnte man auch noch bei anderen Gelegenheiten beobachten. Auf Dauer gesehen war es aber bisher nicht möglich, diese jeweils spontan entstehende Lage in eine stabile Verbesserung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der kämpferischen Elemente umzusetzen.

Denn dazu gehört, wie wir gesehen haben, weit mehr als die Fähigkeit zur punktuellen militärischen Antwort auf der Straße.

In dieser Hinsicht tragen die fortgeschrittensten Elemente, die eine kämpferische Avantgarde bilden, eine Verantwortung, der sie sich nicht entziehen können. Sie können doch nicht die anderen einfach der kriminellen Politik der Versöhnler ausliefern, sondern sie müssen um sie kämpfen, und ihnen eine organisierte Alternative bieten können.

Die Frage, die sich heute jeder Bewegung und auch der Hausbesetzerbewegung in Berlin stellt, ist die, wie sie politisch überleben kann, ohne kapitulieren zu müssen und ohne integriert zu werden. Das ist aber gleichzeitig die Frage nach einer revolutionären Politik und nach einer revolutionären Partei, die von den realen Bedürfnissen der Klassenbewegung ausgeht, um in sie die revolutionären, wirklich kämpferischen Antworten hineinzutragen, und so den Einfluß der Kompromißpolitiker zurückzudrängen. Und nur wenn man über eine solche Organisation verfügt, kann man im Falle eines Rückzugs oder einer Niederlage die Lehren ziehen, die zwangsläufig entstehende Demoralisierung eindämmen und einen neuen Angriff auf festerer Grundlage vorbereiten.

Startbahn West

Fortsetzung von Seite 1

Gelände unterlassen werden! Für die Polizei ist dies ein Signal. Mit plötzlichem Wasserwerfer- und Knüppelinsatz bringt sie die Demonstranten auf Distanz. Der Innenminister gibt ein paar Seifenblasen von sich (die er im Übrigen am späten Abend gänzlich platzen läßt), die aber von der BI über Lautsprecher zum "politischen Sieg" erklärt werden. Darauf erklärt die BI die Kundgebung für beendet und ordnet den Rückzug an. Die Aktionen, die dann stattfinden (darunter die Blockierung des Autobahnkreuzes), werden von kleineren Gruppen geführt.

Was geschah also? Es wurde verhindert, daß die massiv zusammengeballten Kräfte ihren ganzen Druck ausüben - und nur so hätte man den Innenminister auf irgendein Zugeständnis festnageln können. Stattdessen wurden sie demoralisiert, gespalten, zersplittert. Das heißt schlicht und einfach: Das ganze Arsenal von Gewaltfreiheit bis hin zum Volksbegehren kann nichts gegen den Staat, aber viel gegen die Demonstranten ausrichten. Und das heißt vor allem auch: Wenn große Massen zusammenkommen, muß es unbedingt vollkommen friedlich vor sich gehen, denn eins dürfen diese Massen nicht erfahren, nämlich das Gefühl der eigenen Kampfkraft.

Hier liegt eine Parallele zur Bonner Demo, von der sich die jüngsten Kämpfe gegen die Startbahn-West unter einem anderen Aspekt positiv und radikal unterscheiden, denn sie zeigen - sicherlich noch im Keim, zögernd und zumeist unbewußt -, wo und wie der Kampf gegen den Kurs auf den 3. imperialistischen Weltkrieg tatsächlich beginnt.

Mit einer in der Geschichte der BRD beispiellosen Mobilisierung hat die Bonner Demo vom 10.10. klar gezeigt, welches Ausmaß die Angst vor der katastrophalen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft angenommen hat. Die Demo fand aber unter dem Zeichen des alles überschwemmenden und erstickenden Pazifismus statt, der keine Bedrohung für die deutsche Bourgeoisie darstellt. Sie hat im Gegenteil gezeigt, unter anderem durch die führende Beteiligung zahlreicher Politiker an der Friedensschau, wie die Bourgeoisie die heutige Friedensbewegung für sich auszunutzen weiß. Und obwohl die Anbiederungsversuche der verschiedenen bürgerli-

chen Parteien unterschiedlich ausfielen, war doch die gesamte Bourgeoisie voll des Lobs für den "friedlichen Charakter" der Demo, für den die Pazifistenführer selbst durch die Aufstellung eines gewaltigen Ordnerdienstes (der die Polizei überflüssig machte) gründlich gesorgt hatten.

Wir wollen hier nicht wieder auf unsere allgemeine Einschätzung der Friedensbewegung eingehen und verweisen den Leser diesbezüglich auf die zwei letzten Ausgaben der Zeitung. Es sei hier nur auf zwei Punkte hinwiesen.

Allgemein gesehen, dürfte wohl die Geschichte des 20. Jahrhunderts hinlänglich bewiesen haben, daß der Krieg auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht zu verhindern ist. Um aber gegen diese Gesellschaftsordnung zu kämpfen, ist ein Bruch mit ihren Trägern erforderlich. Die Friedensbewegung verfolgt aber nicht diesen Bruch, sondern appelliert an diese Träger, die ihrerseits den Krieg ebenfalls unter dem Zeichen der "Friedenssicherung" vorbereiten. Sie stellt sich nicht auf den Boden der Zerstörung des deutschen Staates, sondern des besseren Schutzes des deutschen Staates, und kann deshalb vom deutschen Imperialismus leicht manipuliert werden.

Aktuell gesehen ist offensichtlich, daß die Friedensbewegung vom Kampf gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats ablenkt. Und die Offensive gegen Lohn, Beschäftigung und soziales Netz ist durchaus Bestandteil der Entwicklung, die zum Krieg führt. Gerade der Kampf dagegen ist die erste Stufe, um einerseits die eigenen Reihen gegen die Bourgeoisie zu schließen und diese zu schwächen. Kanonen statt Butter, oder zeitgemäß, Tornado statt Arbeitslosenunterstützung usw. lautet die Devise der Bourgeoisie. Man muß im Gegenteil die Lebensbedingungen gegen das Kapital verteidigen und daran die Propaganda und den Kampf gegen den Krieg, der ja ein Krieg der Kapitalisten auf dem Rücken der Massen ist, anknüpfen.

Dies gilt aber nicht allein für den ökonomischen Kampf, sondern man muß auf allen Ebenen den imperialistischen Unternehmern, den Rüstungsanstrengungen und dem Militarismus entgegenzutreten. Die Startbahn-West ist vom

ökonomischen wie vom militärischen Standpunkt her eine imperialistische Unternehmung. Im harten internationalen Konkurrenzkampf will das deutsche Kapital die Logistik des eigenen Exports ausbauen und sich die entscheidende Drehscheibe des Luftverkehrs und namentlich der Luftfracht in Europa sicherstellen. Zugleich soll ein Luftfahrtstützpunkt von entscheidender militärischer Bedeutung erweitert werden. Im Gegensatz zum nationalistischen Gefasel der Redner auf der Bonner Demo tangiert der Kampf gegen die Startbahn-West, wenn er nicht auf der Ebene von sinnlosen Volksbegehren und Petitionen geführt wird, die nationalen Interessen des deutschen Imperialismus, ob sich nun die Betroffenen dessen bewußt sind oder nicht.

Dadurch, daß man hier und bei ähnlichen Anlässen und Projekten trotz der unvermeidlichen Rückzüge und einzelner Niederlagen nicht vor der kapitalistischen Ordnung und dem Gewaltpotential des Staates kapituliert, schlägt man einen Weg ein, der zur Schwächung des "eigenen" Imperialismus führt, leistet man erste Schritte gegen die Kriegsvorbereitung. Allein auf dieser Ebene des tatsächlichen Kampfes auf der Straße und im Betrieb (und das größte

Beispiel hierfür war bisher der Haubausbruch gegen die Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 in Bremen) kann eine militante proletarische Anti-Kriegsbewegung entstehen und zugleich einen Bruch innerhalb der staatlich protegierten Friedensbewegung herbeiführen, in dem Masse wie ein Gegengewicht zum lähmenden Pazifismus entsteht. Fehlt aber eine klare politische internationalistische und revolutionäre Orientierung, fehlt auf Grundlage dieser Orientierung - eine Koordinierung der einzelnen Aktionen, so ist die Kapitulation längerfristig unvermeidlich, so kann sich das Gegengewicht nicht herausbilden und festigen. Richtige spontane Entwicklungen, mit denen das Bedürfnis nach dieser Orientierung entsteht, würden sich nicht zu einer Bewegung entfalten können. Man darf nicht vergessen, daß die systematische Verbreitung des bürgerlichen Pazifismus objektiv und zum Teil auch bewußt eine politische Antwort auf die Bremer Explosion vom 6. Mai und ähnliche Ereignisse ist. Auf der Ebene der allgemeinen politischen Orientierung und Organisation ist ein Vakuum vorhanden, das gut organisierte bürgerliche Kräfte aufzufüllen versuchen. Es ist unabdingbar, der Bourgeoisie auf dieser Ebene entgegenzutreten.

Fortsetzung von Seite 5

Kampf gegen die Repression

Anlässen, mündlich wie schriftlich, diese Inhalte in die Bewegung hineinzutragen, gehört mit zu unseren Aufgaben in diese Richtung.

Die Bewegung - und das sind wir alle - muß den Schutz der Angeklagten, die Verteidigung der Inhaftierten, dieser Geiseln in den Händen des Gegners, in die Hand nehmen. Auch wenn die Bewegung selbst ihre Phasen von "Flut und Ebbe" hat, ist es eine der Aufgaben aller kämpferischen Leute, daß darüber hinaus eine Kontinuität erhalten bleibt, daß die bestehenden Initiativen weiterarbeiten und sich stärken.

Eine Bewegung, die die bewußte Herausforderung der Bourgeoisie nicht genügend aufgreift und faktisch darauf verzichtet, möglichst breit gegen die Repression zu kämpfen, wird weder fähig sein, die eigene Kampfkraft zu steigern, noch sie aufrechtzuerhalten.

kontakte mit den Gefangenen, Ihre Versorgung usw. zu koordinieren und besser zu organisieren; systematisch zu Prozessen zu gehen und die Prozessverfahren aufzuarbeiten; zu arbeiten, damit mehr Leute zu den Prozessen gehen; insgesamt die Frage der Gefangenen wieder stärker ins Bewußtsein der Bewegung zu rücken.

Daß diese seit Monaten laufende Arbeit immer noch von zu wenig Leuten der Bewegung mitgetragen wird, daß sie von zu vielen als "Knastgruppen-Spezialisierung" aus dem Bewußtsein verdrängt wird, zeigt gerade die Wichtigkeit, kontinuierlich mit allen Kräften weiterzuarbeiten, um die Bedeutung der Kriminalisierung der Bewegung, der einschüchternden und abschreckenden Auswirkung der Repression und daher die Notwendigkeit, dagegen zu reagieren und sich zur Wehr zu setzen, stärker in die Bewegung hineinzutragen. Auf Veranstaltungen, auf Demos, bei allen geeigneten

Korrespondenz aus Freiburg

Für ein militantes AZ!

Der Häuserkampf hat in Freiburg schon eine längere Tradition, vor allem wegen der üblichen Wohnungsnot in einer Universitätsstadt. Seit Anfang der 70er Jahre gab es einzelne Hausbesetzungen bzw. Widerstand gegen die Zerstörung und den Abriß billigen Wohnraums.

Die Räumung des "Schwarzwaldhof" im März diesen Jahres, einer Art alternativen Kulturzentrums, das aber gleichzeitig Sammelpunkt der gesamten lokalen Unzufriedenheit und Gärung geworden war, und die damit einhergehende Repression löschten zwar den letzten Rest von Militanz bei den Alt(ernativen) Linken, aber gleichzeitig offenbarte sie vielen jungen kämpferischen Elementen den wahren Charakter des Staates.

Die Rechnung der Bourgeoisie ging so nicht auf: Die bürgerkriegsähnliche Belagerung der Stadt (1 Bulle auf 6-7 Einwohner), die brutalen Knüppelinsätze, die Welle von Hausdurchsuchungen in Wohngemeinschaften und Treffpunkten der "Szene", die Kriminalisierungen usw. reichen nicht aus, die Bewegung zu entmutigen und zu zerschlagen.

Wegen ihrer Isolation und weil die Frage, wie die Häuser verteidigt werden sollten, sich kaum lösen ließ, hatte die Stadt es leicht, die Leute wieder rauszuschmeißen zu lassen. In einem Aufwasch wurden von einem Bullenaufgebot alle besetzten Wohnhäuser geräumt, das AZ jedoch wurde stehengelassen.

Der Staat verpackt das AZ nun als "Bonbon": Er bietet eine Legalisierung der Besetzung an (natürlich unter tausend Auflagen), um den Unmut von der Straße wegzubekommen und die Lage zu entschärfen.

Nicht zuletzt deshalb, weil den Linken und seichten Altspontis dieses Angebot nur willkommen ist. Ihr Einfluß in der Bewegung ist nämlich recht groß, da sie in der Praxis die ganze Organisationsarbeit für Demos und Aktionen in der Öffentlichkeit übernehmen.

eher eine Mausechlei um die Knebelungsbedingungen des AZ sind. Sie wollen unter allen Umständen ihr alternatives Kulturzentrum bekommen und sind deshalb bereit, zusammen mit der Gründung eines Trägervereins und dem Unterschreiben eines Nutzungsvertrages eine "Friedenspflicht" anzuerkennen.

Vielen Leuten stinkt die Zeit Politik, Es entstehen deshalb zur Zeit Gruppen, die eine selbständige kämpferische Politik betreiben wollen. Sie wehren sich gegen das selbstherrliche "Management" der verbrauchten Alt-Linken, die in bester reformistischer Manier Verhandlungen gegen den Kampf ausspielen.

Für eine militante Bewegung kann es aber keine irgendwie festgelegte "Friedenspflicht" geben. Vereinbarungen (z.B. Verträge) sind lediglich Papierfetzen, taktische Mittel, mit denen das Terrain des Gegners vom eigenen abgesteckt wird.

Gerade um letzteres zu erreichen, ist es wichtig für die zersplitterte militante Bewegung in Freiburg, dem staatlich sanktionierten Organisationsmonopol der alternativen und sonstigen Linken (einer Einheitsfront, die von der DKP bis zu den Altspontis reicht) unabhängige Gegenstrukturen entgegenzustellen, damit aus dem AZ ein kämpferischer Pol in der Stadt wird, ein Widerstandszentrum, in dem man sich möglichst unbehindert vom Staat trifft und besprechen kann, wie man sich gegen die alltäglichen Sauerereien wehren kann.

Noch nie hat es in der Geschichte soviet Kongresszentren und Tagungsräume, Konferenzzimmer und Kulturpaläste gegeben wie heute. Doch alles befindet sich in den Händen der Bourgeoisie oder von Organisationen, die mit ihr eng liiert sind.

Bochum

Freiräume und Klassenkampf

Der Kampf um ein autonomes Kulturzentrum in Bochum ist ein erneuter Beweis dafür: "Jeder weiß, daß es heute hier keinen Ort gibt, wo man so brennende Fragen wie Rationalisierung und Arbeitslosigkeit bedenken und gemeinsam angehen kann und dabei auch noch Spaß haben kann - jeder ist total vereinzelt"

Es geht tatsächlich nicht allein um die Häuser, sondern auch um die Kampfbedingungen des Proletariats!

Unmut auf Seiten der Schüler ist reichlich vorhanden, ein Unmut, der sich grobsenteils auf diffuse Art und Weise Luft verschafft: Verweigerung im Unterricht, Aufmotzen gegen einzelne Lehrer und nicht zuletzt Zerstörungsaktionen, in denen der Haß auf die Institution Schule zum Ausdruck kommt.

Und wie sieht es auf der Straße aus? Auch dort überall Einschüchterungsversuche. Hier wie dort, innerhalb wie außerhalb der Schule entfesselt der bürgerliche Staat seine Repression, und wenn es heute auch noch schwer ist, in der Schule den Kampf gegen den Zensurterror, die Strafen, die Spaltung und Konkurrenz, die unter den Schülern geschürt werden, zu führen, wenn es noch schwer ist, hierfür seine Mitschüler zu gewinnen, so ist es doch umso wichtiger, den Kampf draußen zu unterstützen.

Heute lastet auf fast allen gesellschaftlichen Bereichen noch das erstickende Gewicht des sozialen Friedens, der sich für die Aufnahme des Kampfes so hemmend auswirkt. Kommt es in irgendeinem Bereich zu ersten Rissen in der Mauer dieses sozialen Friedens, wie zum Beispiel im Kampf um die Hausbesetzungen, im Kampf zur Verteidigung der politischen Gefangenen, so müssen wir alles daran geben, diese Risse auszubauen.

Der Zauberlehrling auf dem Weg zum Weltkrieg Wirtschaftspolitik in der Krise: 1929 und 1981

solange also in gewissem Sinne "Keynsianismus", d.h. Defizitfinanzierung und Interventionismus durch das von den USA beherrschte internationale Finanzsystem, auf zwischenstaatlicher Ebene betrieben wird, solange wird sich wohl im Innern jedes Landes die Sparpolitik, die Politik des "Budgetausgleichs" durchsetzen.

Die zwangsläufige Vorbereitung des Krieges ist jedoch nur die eine Seite der Entwicklung, deren andere Seite für uns Revolutionäre die entscheidende ist.

Gleichfalls zwangsläufig muß die bürgerliche Klasse Öl in die zaghaft, aber doch stetig aufstrebenden Funken des Klassenkampfes gießen. Sie will dies nicht, ebensowenig wie sie den Krieg "will", aber sie muß es tun, ist sie doch nicht Herrscher über die, sondern nur Funktionär der kapitalistischen Produktionsweise.

Ab sofort lieferbar:

W. Polsce tak samo walka klasy robotniczej

Diese 42-seitige Broschüre mit dem Titel "Zuch in Polen: der Kampf der Arbeiterklasse" enthält die polnische Übersetzung der grundlegenden Artikel zu den Arbeiterkämpfen und der allgemeinen Lage in Polen, die seit Sommer 1980 in unserer internationalen Presse erschienen sind.

Wir fordern alle Leser auf, jede Möglichkeit und jeden Kontakt auszunutzen, um sie den interessierten Leuten zukommen zu lassen.

Bestellungen bei der Kontaktadresse Preis: DM 3,-

Fortsetzung von Seite 1

Häuserkampf und Arbeiterklasse

Schlange gebannt vor dem Gespenst des Klassenkampfes.

Vor diesem Hintergrund hat die Berliner Hausbesetzerbewegung für sich die Schlacht sicherlich noch nicht gewonnen, und sie wird sie vielleicht sogar verlieren, die Bourgeoisie hat aber die erste Runde des neu entstehenden Klassenkampfes bereits blamabel verloren.

In Berlin versucht man jetzt, eine Initiative von Schülern und Hausbesetzern zu bilden, die die Hausbesetzer (viele davon sind übrigens selbst Schüler) durch Aktionen an der Schule unterstützen will. Laßt uns auf Räumungen und Räumungsdrohungen mit Infos, Demoauffrufen und am besten natürlich mit Schulstreik antworten!

Schüler, macht bei Hausbesetzungen und Demos mit, unterstützt die Hausbesetzer, knüpft Kontakte innerhalb und außerhalb der Schule, macht mit im Kampf gegen die Unterdrücker, gegen den Bullenterror, gegen die Repression! Verteilbt den erstickenden Mief des sozialen Friedens aus den Schulen!

KONTAKTADRESSEN-BESTELLUNGEN

WESTBERLIN edition programm Postfach 301 730 1000 Berlin 301 BRD-ÖSTERREICH edition programm Postfach 108 2000 Hamburg 6

Postscheckkonto 9635-107 - Berlin-West Gert Eichhorn - edition programm

ViSdP: Gert Eichhorn Postfach 108 2 Hamburg 6 - Druck: Molnar, HH 6

PROLETARIO de proletariöter Enternasionalist Proleter el-oumami

El Comunista EL PROLETARIO le prolétaire

Das Proletariat und die „Besatzungstruppen“

Die internationale Zusammenarbeit der Bourgeoisie, um soziale Unruhen und Revolutionen zu bekämpfen, hat inzwischen unerhörte Ausmaße angenommen. Konterrevolutionäre Strategien und Taktiken werden international ausgearbeitet und verfeinert. Erfahrungsaustausch, Absprachen, Koordinierungen, Technologieverkauf im Bereich der Repression finden über alle nationalen Grenzen hinaus ununterbrochen statt. Und obwohl jede Bourgeoisie zunächst in ihrem Hause für Ordnung sorgen muß und dafür ja einen extrem gepanzerten Staatsapparat gebildet hat, gibt es noch eine mächtige Reserve, auf die im Bedarfsfall die kleineren Bourgeoisien zurückgreifen können. Im Westen ist dies die amerikanische, im Osten die russische Bourgeoisie. Und die Bourgeoisien der kleineren Länder, insbesondere die west- und osteuropäischen, scheuen in keinem Fall davor zurück, mit dem „Großen Bruder“ zu drohen: *Big brother is watching you!*

Diese Internationale der Repression stellt für den Marxismus nichts Neues dar. Schon die Unterdrückung der Pariser Commune durch die Zusammenwirkung der französischen und der preußischen Armeen hatte endgültig gezeigt: *„Die Klassenherrschaft ist nicht länger imstande, sich unter einer nationalen Uniform zu verstecken; die nationalen Regierungen sind eins gegenüber dem Proletariat“* (K.Marx, *„Der Bürgerkrieg in Frankreich“*). Und auch die proletarische Strategie wird dadurch weder überrascht noch modifiziert. Von jeher ist die Emanzipation der Arbeiterklasse *„weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht“* (aus den Statuten der Internatio-

nen Arbeiterassoziation, 1864). Sie setzt daher die internationale Vereinigung des Proletariats und die Zusammenwirkung der fortgeschrittenen Arbeiter der verschiedenen Länder voraus. Dabei sieht sich das Proletariat zunächst mit der eigenen Bourgeoisie und ihrem Machtapparat konfrontiert, die es bekämpfen und erledigen muß. Ohne den Kampf gegen die jeweilige „eigene“ Bourgeoisie kann das Proletariat sich nicht als Klasse differenzieren, kann es zugleich nicht dazu beitragen, daß auch in den anderen Ländern ein Bruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie stattfindet, kurzum, kann es sich nicht international zu einer Klasse vereinigen.

All das muß man berücksichtigen, wenn man die Frage der proletarischen und revolutionären Haltung zu den ausländischen Truppen stellt, die seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges - zunächst als reine Besatzungsmächte und dann im Rahmen der Militärbündnisse - in Mitteleuropa stationiert sind. Wie stellt sich nun das Proletariat zu den amerikanischen, englischen und französischen Truppen in der BRD und zu den russischen Truppen in der DDR oder in Polen? Die Antwort fällt natürlich anders aus, je nachdem es sich um das Herkunftsland dieser Truppen oder um das Stationierungsland handelt. In den Herkunftsländern ist es die internationalistische Pflicht der Revolutionäre, den sofortigen und bedingungslosen Abzug dieser Truppen zu fordern, z.B. in Frankreich den Abzug der französischen Truppen aus Deutschland. Denn dort wird aus dieser Forderung eine Waffe gegen den französischen Imperialismus und sie steht nicht im Gegensatz zu den Interessen des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland. Kurzum, sie schwächt die eigene

Bourgeoisie und fördert die internationale Vereinigung des Proletariats.

Wie stellt sich aber die Frage z.B. in Deutschland? Aus der Präsenz der ausländischen Truppen entstehen für das deutsche Proletariat *besondere internationalistische Aufgaben*, keineswegs aber muß es gegen diese Truppen einen *besonderen Kampf* führen. Betrachten wir die Rolle dieser Truppen im Zusammenhang mit der eingangs geschilderten Internationale der Repression, d.h. betrachten wir die soziale Rolle, die sie in Deutschland spielen. Es ist eindeutig, daß ihre direkte Intervention gegen eine soziale Bewegung in Deutschland erst erfolgen wird, wenn der Repressionsapparat der deutschen Bourgeoisie versagt hat. Und wenn sie dann intervenieren, werden sie es nicht als „Amis“ oder „Franzosen“ gegen „Deutsche“ tun, sondern als Armeen des Kapitals überhaupt und damit zugleich als Reserveeinheiten der deutschen Bourgeoisie gegen das Proletariat. Und als solche muß das Proletariat sie mit derselben Energie bekämpfen, mit der es auch den deutschen Repressionstruppen entgegentreten wird. Damit haben aber die Revolutionäre in Deutschland gegenüber diesen Truppen - und zwar nicht erst, wenn sie eingreifen - besondere politische Aufgaben. Sie müssen die Kämpfe der ausländischen Soldaten gegen ihre jeweilige Militärdiktatur unterstützen und den proletarischen Antimilitarismus auch in die stationierten Truppen hineinbringen. Die Aufgabe der Zersetzung der französischen Armee z.B., damit die französischen Proletarier in Uniform eines Tages ihre Gewehre nicht gegen andere Proletarier, sondern gegen die Vorgesetzten richten, diese Aufgabe ist angesichts der französischen Truppen in Deutschland auch eine Aufgabe der Revolutionäre hier. (Nicht anders stellt sich die Frage auch in Polen, wo sie brennend aktuell ist. Die nationale Ideologie, die von der polnischen Bourgeoisie und ihren Lakaien heute voll ausgespielt wird, dient nur einer Entwaffnung des Proletariats gegenüber dem polnischen Staat, dessen letzter Schutz ge-

genüber der Arbeiterklasse gerade die *russische Intervention* ist.)

Durch die Forderung nach einem Abzug der ausländischen Truppen oder durch einen spezifischen Kampf gegen diese Truppen würden die Revolutionäre in Deutschland keinen Schritt im Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie oder den Weltkapitalismus vorankommen.

Im Gegenteil. Sie würden die Repression in Deutschland nicht leichter besiegen können, sondern lediglich eine *künstliche Mauer* zwischen den Repressions- und Kriegsinstrumenten anderer Staaten und denjenigen des deutschen Staates konstruieren. Damit würden sie sowohl die deutschen wie die internationalen Repressionskräfte (die nicht in einem Land stationiert zu sein brauchen, um dort zu intervenieren) verharmlösen. Sie würden vor ihren internationalistischen und antimilitaristischen Aufgaben rundweg kapitulieren. Sie würden der amerikanischen, französischen und englischen Bourgeoisie die Gelegenheit geben, unter ihren Proletariern - sofern diese von den „Deutschen“ als „Amis“ usw. bekämpft werden - nationale Vorurteile und den Geist der nationalen Solidarität überhaupt zu fördern. Und last but not least würden sie in Deutschland Tür und Tor für die nationale Ideologie öffnen und den deutschen Imperialismus stärken. Denn ganz abgesehen davon, daß die Epoche, wo nationale Befreiungskämpfe in Mitteleuropa revolutionär waren, seit einem Jahrhundert abgeschlossen ist, ist Deutschland keine Kolonie, sondern ein *besiegter Imperialismus*, welcher überdies zu neuen Ehren, zu neuer Stärke, Macht und Einfluß gekommen ist. Ein nationaler Befreiungskampf in Deutschland kann überhaupt nur die Bedeutung eines (übrigens illusorischen) Kampfes für die Befreiung des deutschen Imperialismus von den Fesseln der Großmächte, sprich eines Kampfes für den Aufstieg des deutschen Imperialismus zur Weltmacht sein. Nicht hier, sondern in dessen endgültiger Zerstörung liegt die Aufgabe des deutschen Proletariats.

Türkei—BRD Falle des demokratischen Antifaschismus

Der Militärputsch in der Türkei hat in der BRD eine Reihe von antifaschistischen Komitees entstehen lassen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die kämpferischen türkischen Arbeiter für die Entlarvung des „türkischen Faschismus“ und der „Blindheit“ oder „Komplizenschaft“ der deutschen Regierung zu mobilisieren. Letztere wird gebeten, doch ... ihre Politik zu ändern. Und das, obwohl der Staatsstreich der türkischen Generäle, der im übrigen ganz offensichtlich sorgfältig von den westlichen Imperialisten und an erster Stelle dem deutschen vorbereitet wurde, begleitet wurde von einer großangelegten Offensive der deutschen Bourgeoisie gegen das eingewanderte Proletariat und zwar besonders gegen seinen verwundbarsten Teil: die politischen Flüchtlinge (Visumpflicht, Verschärfung des Asylrechts, wachsende Repression gegen Asylsuchende). Dieser öffentliche Protest der Demokraten aller Schattierungen - an dem sich sogar kirchliche Würdenträger und Teile der SPD beteiligen - hat einen triftigen Grund. Als einer der wichtigsten Drahtzieher des Militärputsches, mit dessen Hilfe er gemeinsam mit den „befreundeten“ Imperialisten den Status quo in einer wichtigen Region der Dritten Welt aufrecht erhalten wollte, läuft der deutsche Imperialismus Gefahr, sein demokratisches Image völlig zu verlieren. Wie immer in solchen Fällen kommt da der demokratische Antifaschismus zu Hilfe. Die Kampagne gegen den Faschismus des neuen türkischen Regimes im Namen der Demokratie hat in Wirklichkeit zwei Funktionen: erstens das Reinwaschen des westdeutschen Staates; Die Kritik an diesem oder jenem Aspekt seiner Türkei-Politik ruft die Illusion wach, die Militärjunta verteidige ihre Macht gegen den Druck der demokratischen Regierungen und die BRD wünsche nichts sehnlicher als eine demokratische Ablösung der Junta (was im übrigen nicht völlig falsch ist, wie wir noch sehen werden). Zweitens soll der Unmut des eingewanderten türkischen Proletariats, das hier einer immer unerträglicheren Unterdrückung und Ausbeutung ausgesetzt ist, kanalisiert werden, damit es an die deutsche Regierung appelliert, bei der Wiederherstellung der Demokratie in „ihrem“ Land zu helfen. So ist der Militärputsch vom 12. September ein schlagendes Beispiel für die Absurdität - vom Standpunkt der Klasseninteressen des Proletariats - des angeblichen Gegensatzes zwischen Faschismus und Demokratie: Die offene und massive Repression des türkischen Staates gegen das Proletariat und die armen Bauernmassen ist, nach dem Bankrott der bürgerlichen Parteien, nichts anderes als die Fortsetzung der Politik zur Verteidigung der bürgerlichen und imperialistischen Interessen mit anderen Mitteln. Art und Methoden der Regierung haben sich geändert, aber keineswegs ihr Klassencharakter, ja nicht einmal ihre internationalen Bündnisse. Dieselbe türkische Bourgeoisie ist an der Macht und ihre Abhängigkeit vom westlichen Imperialismus und besonders von der BRD ist seit

dem Putsch weiter gefestigt worden. Das zeigt sich in den immer größeren Subventionen aller Art. Vielleicht zieht die deutsche Bourgeoisie für die Zukunft tatsächlich die Demokratie der Militärdiktatur vor. Denn sie weiß, daß der offene Terror allein, ohne demokratische Illusionen, langfristig nicht ausreicht, um den sozialen Frieden zu sichern. Und für die Demokratisierung tritt sie erst nach dem Blutbad ein. Das Blutbad muß also die Bedingungen für eine Rückkehr zur Demokratie schaffen. Und die wäre dann nichts anderes als ein neuerlicher Versuch, die soziale und imperialistische Ordnung in der Region zu festigen. Es handelt sich also keineswegs um einen Widerspruch, sondern gerade um die Fortsetzung seiner Politik, wenn der deutsche Imperialismus als einer der Drahtzieher des Militärputsches jetzt aktiv die Bedingungen für die Rückkehr zur Demokratie vorbereiten will.

Dafür hat der westliche Imperialismus in der türkischen Bourgeoisie einen gelehrigen Schüler, der aus der Geschichte der alten europäischen Bourgeoisien gelernt hat. Diese Bourgeoisie hat schon mehr als genug bewiesen, daß sie keineswegs Opfer ihrer inneren Streitigkeiten ist, sondern daß sie sie im Gegenteil sehr gut unter Kontrolle hat, sei es mit den Mitteln der parlamentarischen Mechanismen oder mit dem regelmäßigen Hilferuf an die militärische Oligarchie. Und gegen die entstehende proletarische Bewegung hat sie für die Verteidigung ihrer Interessen sowohl faschistische Banden und religiöse Fanatiker als auch den sozialdemokratischen Reformismus eingesetzt - auch wenn der Spielraum für den Reformismus angesichts der Weltwirtschaftskrise, die in der Türkei voll zuschlägt, natürlich kleiner ist als in den imperialistischen Metropolen. Und die Militärjunta selbst begnügt sich durchaus nicht mit politischem Terror und Einschüchterung, wie unsere Demokraten es glauben machen wollen. Sie bemüht sich auch - übrigens durchaus mit Erfolg -, mit ihrer nationalistischen und reformistischen Demagogie die Kleinbourgeoisie für sich zu gewinnen.

Der türkische Staat ist also nicht das primitive Machtinstrument einer „rückständigen“ Bourgeoisie, sondern im Gegenteil moderner Ausdruck des konterrevolutionären Kampfes, wie ihn die Weltbourgeoisie seit über einem Jahrhundert gegen ihren Klassenfeind führt.

Für uns Marxisten bestätigt das einmal mehr, was die historische Erfahrung immer gezeigt hat: im Kampf gegen eine Bourgeoisie, die gelernt hat, alle Methoden des antiproletarischen Kampfes auszuspähen und für die der Übergang von der Demokratie zum Faschismus oder die Kombination von beiden zur Routinesache geworden ist, muß das Proletariat völlig mit den Mythen des demokratischen Antifaschismus brechen und seine Kraft als unabhängige Klasse wiederfinden. Das ist eine Voraussetzung für seinen revolutionären Kampf.

ΚΟΜΜΟΥΝΙΣΤΙΚΟ ΠΡΟΓΡΑΜΜΑ

ΕΠΙΧΙΤΙΚΟ ΟΡΓΑΝΟ ΤΟΥ ΔΙΕΘΝΟΥΣ ΚΟΜΜΟΥΝΙΣΤΙΚΟΥ ΚΟΜΠΑΤΣ

Für diese Ausgabe unserer griechischen Zeitschrift haben sich unsere Genossen besonders bemüht, ein reichhaltiges Material für die Vertiefung unserer programmatischen Positionen zu liefern sowie eine politische Orientierung für den proletarischen Klassenkampf in Griechenland selbst zu geben.

- So enthält die Zeitschrift eine Darlegung der marxistischen Auffassung des Krieges, eine Kritik der stalinistischen und trotzkistischen Positionen sowie eine dokumentierte Untersuchung der Haltung der KP Griechenlands im Zweiten Weltkrieg, die - wie die KPen Westeuropas - zusammen mit bürgerlichen Kräften den nationalen Widerstand auf der Seite der Alliierten organisierte, um „das griechische Vaterland zu retten“. Ein weiterer Artikel zu diesem Thema deckt den Mythos um Aris Velouchiotis auf: Auf diesen ehemaligen Führer der Widerstandsgruppen, der sich mit der KPG in der Frage der Einschätzung der britischen Truppen zerstritten hat, berufen sich die außerparlamentarischen Linken, und sie glauben, in ihm eine Alternative zur KPG zu sehen. In Wirklichkeit waren seine politischen Positionen nicht minder sozialpatriotisch und konterrevolutionär.

- Ein zweiter Teil ist der Parlamentarisierungsfrage gewidmet. Er enthält die Debatten zu dieser Frage auf dem II. Kongress der Dritten Internationale sowie die Thesen der Kommunistischen Linke Italiens. Ein weiterer Artikel - „Die Rechten oder den Kapitalismus verjagen?“ - geht auf die Wahlen in Griechenland ein und zeigt, daß die Alternative für das Proletariat nicht zwischen linken oder rechten Regierungen der Bourgeoisie ist, sondern zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur. Ein Faltblatt mit einer Einschätzung dieser Wahlen und des Sieges der Sozialisten rundet diesen Abschnitt ab.

- Aus der internationalen Presse der Partei wurden folgende Artikel übernommen, die auch in deutscher Sprache vorliegen:

- * Polen bestätigt die Notwendigkeit der Organisation und der Partei
- * Der Klassenkampf ist lebendiger denn je!
- * Rußland: Der Mythos der „sozialistischen Planwirtschaft“

- Im letzten Teil der Zeitschrift werden folgende Artikel zur sozialen und poli-

tischen Situation in Griechenland gebracht:

- * Polytechnikum 1980
 - * Der Kampf für die nationale Unabhängigkeit, Totengräber des Klassenkampfes
- In letzterem Artikel wird auf die Frage der Rückkehr Griechenlands zur NATO und des Beitritts zur EG eingegangen. Die in Griechenland entfesselte Diskussion dreht sich im Grunde um die Frage, durch welchen der beiden imperialistischen Machtblöcke die „nationale Unabhängigkeit“ Griechenlands (im imperialistischen Zeitalter!!!) am besten verteidigt werden kann. Die griechische Bourgeoisie hängt ökonomisch von den westlichen Ländern ab, und der US-Imperialismus braucht seinerseits in der heutigen Krisensituation eine verstärkte Präsenz im Nahen Osten. Dem Proletariat geht es aber schließlich darum, das kapitalistische System weltweit zu vernichten. Dieses Ziel kann es nur erreichen, wenn es den Burgfrieden im eigenen Land bricht und die eigene Bourgeoisie rücksichtslos bekämpft.

- „Für die tragischen Folgen der Erdbeben ist der Kapitalismus verantwortlich“
Es wird hier gezeigt, daß auf dem Boden des Kapitals, das nur das Gesetz des Profits kennt, die Erdbeben katastrophale Folgen für die armen und proletarischen Massen haben und gleichzeitig ein Gegenstand zügelloser Profitmacherei bei dem „Wiederaufbau“ sind.

- „Die Lehren des Kampfes bei DEUTZ“.
Der Streik in der Fahrzeugindustrie, der bis zu 6 Wochen dauerte, war ein wichtiger Arbeitskampf, weil er die Taktik der „vernünftigen“ Bummelstreiks von 24 bis 48 Stunden sprengte, die eine demoralisierende Wirkung auf die Arbeiter hat, da sie so kein Vertrauen in die eigenen Kräfte gewinnen können. Doch blieb der Streik isoliert und konnte letzten Endes von den reformistischen Kräften, die so taten, als würden sie ihn unterstützen, sabotiert werden. Es ist deswegen notwendig, daß sich alle Arbeiter der Avantgarde außerhalb der reformistischen Kontrolle organisieren, um den Angriffen des Kapitals zu begegnen. Auf dem Deckblatt ist schließlich ein Aufruf zur Solidarität mit unseren verurteilten Genossen in Algerien abgedruckt.

Bestellungen bei der Kontaktadresse!
Wenn Ihr griechische Genossen kennt, weist sie auf die Zeitschrift hin!